

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG  
WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT MARIO DRAGHI,  
PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK  
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 AEUV)  
BRÜSSEL,  
MONTAG, 17. NOVEMBER 2014**

1-002

**VORSITZ: ROBERTO GUALTIERI**

*Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr eröffnet.)

1-003

**Der Vorsitzende.** – Guten Tag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Willkommen zum währungspolitischen Dialog mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Wir heißen ihn willkommen und danken ihm, dass er sich wieder einmal zu unserem regelmäßigen und äußerst produktiven Dialog eingefunden hat. Natürlich erwarten wir von Präsident Draghi, dass er uns über die jüngsten Beschlüsse des EZB-Rats berichtet: das laufende Programm zum Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen, das ABS-Programm, die zu erwartenden Auswirkungen auf die Bilanz der EZB und außerdem die einvernehmliche Zusage, erforderlichenfalls zusätzliche unkonventionelle Maßnahmen im Rahmen des EZB-Mandats zu ergreifen.

Die Koordinatoren haben außerdem ein paar weitere konkrete Themen zur Sprache gebracht, mit denen wir uns befasst haben: den politischen Rahmen des Eurosystems für die Sicherheiten und die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen. Wie üblich starten wir mit der einleitenden Erklärung von Herrn Draghi und gehen anschließend zu den gewohnten Zeitfenstern von zusammengekommen fünf Minuten Dauer für eine Frage und die Antwort darauf über.

1-004

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder, ich freue mich sehr, anlässlich der letzten Anhörung in diesem Jahr wieder in diesem Ausschuss zu sein. Auch dieses Jahr brachte tiefgreifende Umwälzungen sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch in der ganzen Union mit sich. Es war in vielerlei Hinsicht ein Jahr des legislativen und institutionellen Fortschritts, da 2014 mit der Einigung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus, mit der Aufnahme der Tätigkeit des einheitlichen Aufsichtsmechanismus und mit dem erfolgreichen Abschluss der umfassenden Bewertung der Bankbilanzen die Bankenunion ins Leben gerufen wurde. Und es war auch ein Jahr mit vielen Herausforderungen für die Geldpolitik, in dem die EZB zahlreiche Maßnahmen ergriffen hat, um den Risiken einer zunehmend düsteren Perspektive für die Wirtschaft zu begegnen.

Für die Anhörung heute haben Sie zwei Themen ausgewählt: den Bezug zwischen der Fragmentierung der Finanzmärkte und der Geldpolitik sowie den Sicherheitenrahmen des Eurosystems. Ich komme später auf diese beiden Themen zurück, aber lassen Sie mich

zuerst unsere derzeitige Beurteilung der wirtschaftlichen Prognosen darlegen.

Die Wachstumsdynamik im Euro-Währungsgebiet hat im Laufe der Sommermonate nachgelassen, und die neuesten Prognosen wurden nach unten korrigiert. Gleichzeitig erwarten wir aber nach wie vor für 2015 und 2016 eine moderate Erholung. Mehrere Faktoren dürften die Nachfrage stützen. Zu diesen Faktoren gehören zum Beispiel unsere geldpolitischen Maßnahmen und die in einigen Ländern erzielten Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und bei Strukturreformen. Gleichzeitig aber werden wohl die hohe Arbeitslosigkeit, beträchtliche ungenutzte Kapazitäten und die immer noch laufenden und notwendigen Bilanzaufstellungen die Erholung abschwächen.

Nach wie vor bestehen Risiken, dass die wirtschaftliche Entwicklung rückläufig bleibt. Vor allem die Abschwächung der Wachstumsdynamik im Euro-Währungsgebiet und die gestiegenen geopolitischen Risiken könnten das Vertrauen untergraben und insbesondere zu einem Rückgang der privaten Investitionen führen. Auch die mangelnden Fortschritte bei den Strukturreformen in Ländern des Euro-Währungsgebiets sind ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Die Inflation im Euro-Währungsgebiet ist nach wie vor sehr niedrig. Im Oktober betrug sie 0,4 %. In den nächsten Monaten wird sie voraussichtlich auf einem ähnlich niedrigen Niveau verharren und dann 2015 und 2016 allmählich wieder ansteigen. Wir beobachten die Risiken für die künftige Preisentwicklung genau.

Die neuesten monetären Daten deuten auf ein gedämpftes Basiswachstum der Geldmenge hin. Die jährliche Wachstumsrate ist in den letzten Monaten leicht gestiegen. Beim Kreditwachstum ist die Wende offenbar vollzogen, das Kreditwachstum liegt zwar noch im negativen Bereich, verbessert sich aber zusehends.

Ich komme nun zur Fragmentierung der Finanzmärkte, dem ersten Thema, das Sie für die Anhörung heute vorgeschlagen haben. Die Fragmentierung in mehreren Bereichen der Finanzmärkte war ein großes Hindernis für die reibungslose Durchführung und Transmission der Geldpolitik und in letzter Zeit auch für unsere Möglichkeiten, unser Mandat zu erfüllen. Auch dank entschlossener Maßnahmen der EZB hat die Fragmentierung seit dem Höhepunkt der Finanzkrise deutlich abgenommen.

Unbesicherte Geldmarktsätze werden wieder mit angemessenen Aufschlägen auf ihre besicherten Entsprechungen gehandelt. Im Euro-Währungsgebiet sind die Aufschläge auf Staatsanleihen seit ihrem Höchststand 2012 deutlich gesunken. Zusammengefasst machen diese Entwicklungen

deutlich, dass die Investoren nach und nach wieder das Vertrauen in das Euro-Währungsgebiet zurückerlangen.

Wir sind aber immer noch in einer Lage, in der unsere äußerst akkommodierende Geldpolitik bei manchen Enddarlehensnehmern im Euro-Währungsgebiet nicht in ausreichendem Maße ankommt. Das liegt daran, dass die Kreditmärkte in manchen Teilen des Euro-Währungsgebiets nach wie vor schwach sind und nur minimale Anzeichen einer Erholung erkennen lassen. Folglich nimmt das Kreditwachstum weiter ab, und die Kreditbedingungen sind historisch gesehen immer noch kritisch, auch wenn sie in jüngster Zeit etwas nachgegeben haben. Wichtig ist indes, dass sich die Kosten von Bankfinanzierungen verbessert haben, in manchen Mitgliedstaaten sind sie aber nach wie vor relativ hoch. Dort, wo sie geringer sind, werden sie nicht vollumfänglich an die Realwirtschaft weitergegeben.

Mit den im Juni und im September dieses Jahres beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen – nämlich den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften und den Ankaufprogrammen für forderungsbesicherte Wertpapiere (ABS) und gedeckte Schuldverschreibungen – sollen diese Hindernisse beseitigt werden. Diese Maßnahmen werden die Transmission der Geldpolitik verbessern, die Vergabe von Krediten an die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets fördern und schlussendlich zu einer weiteren Akkomodierung der Geldpolitik führen.

Wir sehen bereits erste Hinweise darauf, dass unsere krediterleichternden Maßnahmen spürbaren Nutzen bringen. Seit Anfang Juni sind die Termin-Geldmarktsätze für alle Fristigkeiten stark gesunken. Die Terminzinskurve liegt nun in einem Horizont von zwei Jahren beständig unter Null. Wir gehen nicht davon aus, dass Eonia vor Mitte 2018 25 Basispunkte übersteigt.

Der Drei-Monats-Euribor, der ja ein wichtiges Instrument für die Weitergabe der geldpolitischen Impulse an die Kreditzinsen ist, ist auf ein Allzeittief gefallen und steht jetzt nahe Null. Und die politischen Beschlüsse – in erster Linie die im September angekündigten – führten zu geringeren Aufschlägen bei anderen Anlageformen wie zum Beispiel ABS, gedeckten Schuldverschreibungen und Staatsanleihen. Es wird aber noch etwas Zeit vergehen, bis die positiven Auswirkungen der jetzt eingeleiteten Maßnahmen voll zum Tragen kommen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang betonen, dass wir fest entschlossen sind, unsere Maßnahmen – sowohl Darlehensgeschäfte als auch Outright-Käufe – in einem Ausmaß durchzuführen, mit dem sichergestellt ist, dass die beabsichtigte Unterstützung der Inflation und der Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets auch ankommt. Alle diese Maßnahmen werden sich spürbar auf unsere Bilanz auswirken, und wir gehen davon aus, dass sie sich wieder in Richtung des Standes von Anfang 2012 bewegt. Hiermit sorgen wir dafür, dass unsere akkommodierende Geldpolitik zu einer schrittweisen

Erholung und einer mittelfristigen Rückkehr zu einer Inflationsrate beiträgt, die näher an unserem Ziel von knapp unter 2 % liegt.

Wir müssen jedoch trotzdem weiterhin die etwaigen Abwärtsrisiken für die weitere Inflationsentwicklung im Auge behalten. Dies gilt vor allem angesichts der sich abschwächenden Wachstumsimpulse und der weiterhin gedämpften Geldmengen- und Kreditdynamik. Wir müssen aus diesem Grund kontinuierlich überwachen und beurteilen, ob unser geldpolitischer Ansatz noch zweckmäßig ist.

Der EZB-Rat steht fest zu seiner Zusage, im Rahmen seines Mandats auch zusätzliche unkonventionelle Instrumente einzusetzen, wenn die Risiken eines zu langen Zeitraums mit geringer Inflation weiter eingedämmt werden müssen. Hierzu haben wir bereits den einschlägigen Stab der EZB und die Ausschüsse des Eurosystems beauftragt, frühzeitig weitere Maßnahmen vorzubereiten, die nötigenfalls ergriffen werden können. Diese Maßnahmen könnten weitere Änderungen des Umfangs und der Zusammensetzung der Bilanz des Eurosystems umfassen, wenn damit mittelfristig Preisstabilität erreicht werden kann.

Mit Geldpolitik allein lässt sich die Fragmentierung der Finanzmärkte im Euro-Währungsgebiet jedoch nicht überwinden. Die Fragmentierung über die nationalen Grenzen hinweg ist auch ein Zeichen für die zugrundeliegenden nationalen Ungleichgewichte und institutionellen Mängel.

Wenn hier Abhilfe geschaffen werden soll, brauchen wir entschlossene Strukturreformen der Einzelstaaten, mit denen das Umfeld für Unternehmen verbessert wird und Investitionsanreize gesetzt werden, um so die Produktivität zu erhöhen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu vergrößern.

Außerdem kann die Fragmentierung der Finanzmärkte nur verringert werden, wenn die nach wie vor bestehenden Defizite bei der wirtschafts- und finanzpolitischen Integration angegangen werden. Wie ich schon sagte, wurden in diesem Jahr bedeutende Fortschritte erzielt. Nach Abschluss der umfassenden Bewertung und nach Aufnahme der Aufsichtstätigkeit durch den SSM sollte nun die Bankenunion vollendet werden. Damit meine ich in erster Linie, den SRM einsatzfähig zu machen, die Darlehenskapazität des einheitlichen Abwicklungsfonds zu erhöhen und somit die Zusage einzulösen, einen zuverlässigen Auffangmechanismus einzurichten.

Mit Blick auf die Zukunft wäre außerdem eine verstärkte Integration der Finanzmärkte – die auch als Kapitalmarktunion bezeichnet wird – gerechtfertigt, damit die Finanzmärkte weniger fragmentiert sind, KMU leichter an Geld kommen, die Transmission der Geldpolitik der EZB verbessert und insgesamt das Wirtschaftswachstum gefördert wird. Wir sehen den Details, die die Kommission im Laufe des nächsten

Jahres ankündigen wird, erwartungsvoll entgegen, und ich bin mir sicher, dass dieses Parlament als Mitgesetzgeber wieder eine entscheidende Rolle hierbei spielen wird.

Lassen Sie mich jetzt auf das zweite von Ihnen gewählte Thema, den Sicherheitenrahmen, eingehen. Seit Beginn seines Bestehens wurden mit dem Sicherheitenrahmen des Eurosystems zwei Ziele gleichzeitig verfolgt: Zunächst sollte das Eurosystem – wie es ja auch ausdrücklich im Statut der EZB bzw. des ESZB verankert ist – vor Verlusten geschützt werden. Außerdem sollte für die reibungslose Durchführung von Darlehensgeschäften im Eurosystem gesorgt werden, indem ausreichend Sicherheiten zur Verfügung gestellt wurden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit und auch der jüngsten Zeit haben gezeigt, dass dieser zweigleisige Ansatz des Sicherheitenrahmens des Eurosystems in der Tat gut funktioniert hat. Bis heute musste das Eurosystem noch kein einziges Mal Verluste aus seinen Darlehensgeschäften verzeichnen. In den wenigen Fällen, in denen Geschäftspartner ausgefallen sind – wie zum Beispiel bei einer Tochtergesellschaft von Lehman Brothers – war das Eurosystem in der Lage, sein finanzielles Engagement durch den Rückgriff auf die eingesetzten Sicherheiten in voller Höhe wiederzuerlangen. Gleichzeitig wurde mit dem Sicherheitenrahmen gewährleistet, dass den Banken während der Krise ausreichend Liquidität der Zentralbank zur Verfügung stand.

Dies wurde vor allem bei den beiden sehr langfristigen Refinanzierungsgeschäften der EZB in den Jahren 2011 und 2012 deutlich. Im Rahmen dieser Geschäfte wurde den Banken innerhalb von nur zehn Wochen eine besicherte Liquidität der Zentralbank in der Größenordnung von 524 Milliarden Euro bereitgestellt.

Dieser grundlegende Ansatz bei dem Sicherheitenrahmen hat sich seit Beginn der Währungsunion nicht geändert. Die drei Hauptbestandteile des Sicherheitenrahmens des Eurosystems – erstens die Regeln für die Geschäftspartner, zweitens die Zulassungskriterien für die notenbankfähigen Sicherheiten und drittens die Maßnahmen zur Risikokontrolle – sind weitestgehend unverändert. Der Geschäftspartner-Rahmen des Eurosystems ist nach wie vor weit gefasst, und seine Zulassungskriterien beruhen noch auf den gleichen Grundsätzen wie zu Beginn. Dies macht deutlich, dass die Konzeption des Sicherheitenrahmens des Eurosystems im Allgemeinen sehr solide ist.

Es waren jedoch einige Änderungen erforderlich, da in Zeiten angespannter Finanzmärkte und einem damit verbundenen schwierigeren Zugang zu Marktfinanzierungen für die reibungslose Umsetzung der Geldpolitik gesorgt werden musste. Sicherheiten dürfen nie prozyklisch wirken, da eine Beschränkung des Zugangs von Banken zu Liquidität in einer Krise – indem beispielsweise restriktivere Kriterien für

Sicherheiten eingeführt werden – nicht nur die schwächsten Banken, sondern auch das ganze Finanzsystem in Gefahr bringen könnte. Schlussendlich würde hiermit die Bilanz der Zentralbank nicht geschützt, sondern im Gegenteil eher einem höheren Risiko ausgesetzt.

Um also einem weiten Spektrum von Geschäftspartnern auch künftig die Beteiligung an Refinanzierungsgeschäften zu ermöglichen, hat das Eurosystem vorübergehend einige Zulassungskriterien für notenbankfähige Sicherheiten gelockert. Diese Maßnahme wurde mehrfach ergriffen. Von 2008 bis 2011 und dann wieder ab 2012 haben wir beispielsweise marktfähige Sicherheiten, die auf andere Währungen als den Euro lauten, akzeptiert. 2012 haben wir den Rahmen für zusätzliche Kreditforderungen eingerichtet. Die Bonitätsanforderungen wurden dadurch geändert, dass Sicherheiten mit niedrigerem Rating als zu Beginn akzeptiert wurden. Dies gilt für allem für die ABS, die bestimmte Kriterien erfüllen.

Der Sicherheitenrahmen des Eurosystems war von Beginn an sehr komplex, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen nationalen Rahmenwerke, die ihm vorausgingen, zurückzuführen ist. Zu Beginn der Währungsunion bestand das Ziel darin, einem breiten Spektrum von Geschäftspartnern Zugang zu Darlehensgeschäften des Eurosystems zu verschaffen. Dies unterscheidet uns von anderen Zentralbanken, die sich nur auf wenige Geschäftspartner stützen.

Aus diesem Grund mussten im Sicherheitenrahmen die unterschiedlichen nationalen Bankensysteme und Finanzmärkte berücksichtigt werden. Manche nationalen Zentralbanken akzeptierten beispielsweise Kreditforderungen als Sicherheit, andere hingegen nicht. Für den Sicherheitenrahmen musste ein gemeinsamer Standard gefunden werden, der alle diese einzelstaatlichen Merkmale umfasst und mit dem gleichzeitig gewährleistet ist, dass ausreichend Sicherheiten zur Verfügung stehen.

Die Herausforderung für die Zukunft besteht nun darin, den Sicherheitenrahmen einfacher und transparenter zu gestalten, ohne den Zugang unserer Geschäftspartner zu unseren Refinanzierungsgeschäften zu beeinträchtigen, und ich bin zutiefst überzeugt, dass uns das gelingen wird.

Wie ich schon zu Beginn meiner Ausführungen sagte, war 2014 ein Jahr tiefgreifender Umwälzungen. Aber das, was wir bis jetzt erreicht haben, reicht nicht aus. 2015 muss das Jahr sein, in dem alle Akteure im Euro-Währungsgebiet – Regierungen genauso wie europäische Organe – eine schlüssige gemeinsame Strategie ergreifen, um unsere Volkswirtschaften wieder auf Kurs zu bringen.

Mit Geldpolitik allein wird das nicht möglich sein. Aus diesem Grund brauchen wir unbedingt Einigungen über konkrete und kurzfristige Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zu Strukturreformen, über die

konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, über den generellen haushaltspolitischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet, über eine Investitionsstrategie und über die Aufnahme der Arbeit an einer langfristigen Vision einer weiteren Teilung von Souveränität, damit das dauerhafte und reibungslose Funktionieren der Europäischen Währungsunion gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang freue ich mich auf unsere Diskussion und bitte um Entschuldigung, wenn ich länger als sonst gesprochen habe.

1-005

**Der Vorsitzende.** – Vielen Dank, Herr Draghi, für Ihre überaus aufschlussreichen Darlegungen. Ich erteile jetzt dem ersten Redner der EVP-Fraktion, Herrn Pablo Zalba Bidegain, das Wort. Fünf Minuten insgesamt für Frage und Antwort.

1-006

**Pablo Zalba Bidegain (PPE).** Willkommen, Herr Draghi, und vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich würde gerne auf etwas zurückkommen, was Sie einmal gesagt haben, nämlich, die Bilanzsumme um eine Billion Euro zu erhöhen. Sie sagten, das sei kein Ziel und keine Vorgabe, sondern eine Annahme. Könnten Sie bitte ausführen, was Sie meinten, als Sie sagten, es handele sich um eine Annahme?

Mit Blick auf Ihre Ausführungen hier und heute kann ich Ihnen nur uneingeschränkt darin zustimmen, dass die Geldpolitik alleine wohl kaum Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern kann, und dass wir – wie Sie ganz richtig gesagt haben – Reformen und entschiedenes Handeln der anderen Akteure benötigen. Können Sie etwas mehr ins Detail gehen und Auskunft darüber geben, welche Länder und/oder Institutionen tätig werden sollten und welche praktischen Maßnahmen Ihrer Ansicht nach ergriffen werden müssen, damit die Geldpolitik das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen besser fördern kann?

1-007

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zwischen Juni und September dieses Jahres haben wir von den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften bis hin zu dem Beschluss, gedeckte Schuldverschreibungen und ABS zu kaufen, verschiedene Maßnahmen ergriffen. Wir sind zuversichtlich, dass die eingeleiteten Maßnahmen dazu beitragen werden, die Inflation wieder dahin zu bringen, wo wir sie haben möchten: knapp unter 2 %. Sollten wir feststellen, dass diese Maßnahmen nicht für die Verwirklichung dieses Ziels ausreichen und dass sich unsere mittelfristige Prognose der Inflationsentwicklung verschlechtert, oder sollte sich unsere mittelfristige Prognose der Inflationsentwicklung unabhängig davon verschlechtern, dann – und das habe ich immer wieder betont – ist der EZB-Rat einvernehmlich bereit, zusätzlich andere unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen.

Wir erwarten, dass sich die Bilanzsumme schrittweise wieder dem Stand von März 2012 annähern wird. Wie ich aber schon sagte, sind wir bereit, andere zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, sofern sich unsere mittelfristige Prognose der Inflationsentwicklung verschlechtert oder sofern wir beschließen, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um den verschlechterten Inflationsaussichten entgegenzuwirken.

Mit Blick auf den zweiten Punkt glaube ich, dass mittlerweile ziemlich klar geworden ist, dass sich sowohl das Geldmengenwachstum und bis zu einem gewissen Maß auch eine expansive Haushaltspolitik nur begrenzt auf die Wirtschaft auswirken, wenn das wirtschaftliche Umfeld keine Anreize für Investitionen bietet. Aus diesem Grund werden wir – wie bereits in der Vergangenheit – immer wieder darauf hinweisen, dass Strukturreformen von größter Bedeutung sind. Jedes Land hat seine eigene Agenda und seine eigenen Bedürfnisse. Im Großen und Ganzen gibt es zwei Kategorien von Strukturreformen. Die erste Kategorie betrifft den Produktmarkt und dort insbesondere den Wettbewerb. Hier müssten im ersten Schritt die Rechtsvorschriften über den Binnenmarkt vervollständigt werden. Natürlich bleibt hier noch viel zu tun. Die zweite Kategorie betrifft den Arbeitsmarkt, und wir sehen, dass Länder, die Strukturreformen durchgesetzt haben, jetzt eine Erholung vorweisen können.

Meiner Auffassung nach kann man noch nicht sagen, dass es einen ganz engen Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen gibt, aber es ist doch klar, dass der Zusammenhang existiert. Wir sehen, dass Länder, die jetzt mehr und schneller wachsen, genau die Länder sind, in denen Strukturreformen ergriffen wurden.

1-008

**Elisa Ferreira (S&D).** – Ich spreche jetzt Portugiesisch. Vielen Dank dafür, dass Sie heute zu unserer Sitzung gekommen sind, und ich entschuldige mich dafür, dass ich dieses eine Mal wegen eines anderen Termins nicht bis zum Schluss bleiben kann. Ich würde gerne die folgende Frage stellen: Die Geldpolitik und in erster Linie die Zinssätze, die stets als Instrument für die Wiederbelebung der Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet gesehen wurden, sind ausgereizt – oder doch beinahe –, und die derzeitige Lage ist von großen Ungleichgewichten zwischen den Ländern geprägt, wobei in einigen der Volkswirtschaften, die Strukturreformen durchgeführt haben, nach wie vor eine massive strukturelle Arbeitslosigkeit herrscht, was es äußerst schwierig macht, die Nachfrage anzukurbeln. Sind diese Faktoren nicht Anlass genug dafür, dass die Maßnahme von 2012 nochmals ergriffen wird und sich die Präsidenten der wichtigsten Organe versammeln – und vielleicht könnte die Zentralbank diese Versammlung einberufen, da ihr wichtigstes Instrument ausgereizt ist –, sodass Kommission, Rat, Euro-Währungsgebiet und Parlament auf höchster Ebene eine Politik vereinbaren, mit der die europäische Wirtschaft und vor allem die Investitionen wieder angekurbelt werden, und zwar nicht nur auf der Ebene einiger

Einzelstaaten, sondern auch auf der Ebene des Euro-Währungsgebiets oder sogar ganz Europas? Mir scheint, dass wir uns einer Lage annähern, die durchaus so ernst ist, dass sich die Spitzen der Europäischen Union versammeln und mit einer Stimme sprechen sollten, denn die Zentralbank hat viel getan, aber sie kann nicht alles leisten.

1-009

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Da bin ich natürlich ganz Ihrer Meinung. Die Geldpolitik hat viel getan. Sie kann noch mehr tun, wenn Strukturreformen ergriffen werden, aber sie kann nicht alles leisten.

Zum Beispiel Fiskalpolitik im Ganzen. Strukturreformen sind der dritte Pfeiler dieses politischen Rahmens, aber was wir darüber hinaus noch brauchen, ist, dass das Vertrauen in das wirtschaftliche Umfeld und das Euro-Währungsgebiet wieder zurückkehrt; und damit das Vertrauen zurückkehrt, ist eine wirtschaftspolitische Struktur unerlässlich, mit der wir dem Rest der Welt zeigen, dass wir in der Lage sind, zusammenzuarbeiten und uns stärker in Richtung mehr Integration zu bewegen. Ich glaube, dies ist eine wichtige Voraussetzung für Vertrauen, die nicht unbedingt mit Geld selbst zu tun hat, sondern mit der langfristigen Stabilität unseres Ansatzes, unseres Rahmens.

1-010

**Elisa Ferreira (S&D).** – Da ich noch etwas Zeit habe, habe ich eine ganz konkrete Frage zu einem anderen Punkt Ihrer Erläuterungen. Können Sie uns sagen, ob der Auffangmechanismus für den Abwicklungsfonds weiter vorangekommen ist? Es handelt sich ja hier um eine politische Verpflichtung der Mitgliedstaaten und um eine grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der Bankenunion.

1-011

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Es haben viele Entwicklungen stattgefunden, bei denen, *ceteris paribus*, der Abwicklungsfonds eher im Hintergrund gestanden hat.

Zuallererst verfügen die Banken nach der umfassenden Bewertung jetzt über mehr Kapital. Zweitens wurden die Bail-in-Vorschriften grundlegend geändert, sodass die Fähigkeit des Bankensystems zum Auffangen von Verlusten beträchtlich erweitert wurde. Drittens ist der einheitliche Abwicklungsfonds eingerichtet, und wenn Sie danach fragen, ob 50 Milliarden Euro für diesen Fonds ausreichen oder nicht, dann würde ich sagen, dass es ganz klar ist und ausdrücklich vereinbart wurde, dass die Darlehenskapazität des einheitlichen Abwicklungsfonds erweitert werden muss.

1-012

**Notis Marias (ECR).** – Herr Draghi, aus Ihrem Jahresbericht von 2013 geht hervor, dass die Europäische Zentralbank einen ungeheuren Profit mit ihrem Programm für die Wertpapiermärkte (SMP)

gemacht hat, indem sie griechische, italienische, portugiesische, spanische und irische Staatsanleihen im Gesamtwert von 219,5 Milliarden Euro mit beträchtlichen Abschlägen auf dem Sekundärmarkt erworben und dann ihre Tilgung zum Nennwert eingefordert und durchgesetzt hat. In meinem Heimatland Griechenland zum Beispiel hat die EZB während der Krise Staatsanleihen zum Gesamtpreis von 35 Milliarden Euro auf dem Sekundärmarkt mit einem Abschlag von mindestens 40 % erworben und anschließend die Tilgung zum Nennwert – also 57 Milliarden Euro – eingefordert und somit zulasten des durch die Memoranda verarmten griechischen Volks einen Gewinn von 22 Milliarden Euro erzielt. Dieses Jahr wurde die griechische Regierung mit den Anweisungen der Troika – und somit der EZB – gezwungen, hohe Steuern zu erheben, um so ursprünglich von der EZB für 6 Milliarden Euro erworbene Anleihen zum Nennwert von 10 Milliarden Euro tilgen zu können.

Das ist schlicht und einfach Erpressung. Bitte versuchen Sie nicht, Herr Draghi, mir weiszumachen, dass die EZB diesen Gewinn wieder nach Griechenland zurückführt, denn

- (a) nur ein kleiner Teil des Gewinns wird zurückgeführt, nicht alles;
- (b) alle zurückgeführten Gewinne sind für die Rückzahlung von Schulden vorgesehen und landen somit wieder in den Taschen von Gläubigern;
- (c) gemäß den Memoranda unterliegt jeglicher zurückgeführte Gewinn strengen Bedingungen;
- (d) um die Anleihen unter diesen unverschämten, von der EZB festgelegten Bedingungen zu ihrem Nennwert tilgen zu können, muss Griechenland jedes Mal ein Darlehen bei der EFSF aufnehmen, womit seine Unterwerfung unter die Troika und die Memoranda zementiert wird;
- (e) allein 2014 hat die EZB Gewinne in Höhe von 1,7 Milliarden Euro nicht zurückgeführt und Griechenland somit ein Defizit beschert.

Ich schlage deshalb vor, Herr Draghi, dass Sie sich damit einverstanden erklären, dass die Tilgung griechischer Anleihen nicht zu ihrem Nennwert, sondern zu dem Preis, zu dem Sie sie auf dem Markt erworben haben zuzüglich der gesetzlich festgelegten Zinsen erfolgt. Hiermit könnte die griechische Schuldenlast ohne Verlust für die EZB um 22 Milliarden Euro reduziert werden. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? Und falls nicht, Herr Draghi, wie können Sie anhand der EU-Verträge rechtfertigen, dass die EZB zu Lasten des verarmten griechischen Volkes und der Völker Südeuropas Gewinne macht? Bitte setzen Sie diesem ein Ende.

1-013

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Nun ja, ich glaube nicht, dass eine Diskussion über diese Art der Umstrukturierung dieser Hilfe erforderlich oder sinnvoll ist. Griechenland muss sich jetzt auf die Weiterführung der Reformen

konzentrieren, damit die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und die Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt werden. Wir entnehmen der derzeitigen Entwicklung, dass diese Bemühungen nunmehr Früchte tragen und zunehmend Nutzen bringen. Im dritten Quartal war Griechenland das Land mit dem stärksten Wachstum. Das deutet darauf hin, dass diese Entwicklung – sofern Griechenland auf Kurs bleibt und in den nächsten Jahren seinen Verpflichtungen im Hinblick auf Reformen und finanzpolitische Ziele nachkommt – weiterhin anhalten wird.

Die Gewinne der EZB wurden Griechenland übrigens über die nationalen Zentralbanken und über uns zurückerstattet.

1-014

**Notis Marias (ECR).** – Herr Draghi, ich habe Ihnen eine ganz einfache Frage gestellt. In diesem Jahr muss Griechenland 10 Milliarden Euro für die Tilgung der von der EZB gehaltenen Anleihen aufbringen. Meinem Vorschlag zufolge müsste es nur 6 Milliarden Euro entrichten – also die Summe, die die Europäische Zentralbank ursprünglich gezahlt hatte –, und mit dem Rest in Höhe von 4 Milliarden Euro könnte es die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Das sind die Tatsachen. Ich habe Ihnen eine konkrete Frage mit ganz konkreten Zahlen gestellt. Warum decken und billigen Sie immer noch diese Geschäftemacherei der Europäischen Zentralbank?

1-015

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Sie meinen immer noch, es sollte eine Umstrukturierung stattfinden? Wir glauben nicht, dass das der richtige Weg ist. Wir glauben weder, dass das notwendig noch dass es sinnvoll ist.

1-016

**Petr Ježek (ALDE).** – Herr Präsident, mit Blick auf die quantitative Lockerung gibt es offenbar gewisse Befürchtungen angesichts der möglicherweise gesunkenen Bereitschaft einiger Mitgliedstaaten, Wirtschafts- und Sozialreformen umzusetzen und – falls erforderlich – die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Länder mit größerem finanziellen Spielraum wiederum sind offensichtlich weniger bereit, diesen Spielraum zu nutzen, um mehr auszugeben und produktiv zu investieren. Letzteres könnte kurzfristig sogar noch bedenklicher sein, da sich mit dem jetzt bevorstehenden Winter Wachstum sicher nicht automatisch einstellen wird. Ich fürchte, es muss geschaffen oder zumindest gefördert werden. Um das Puzzle zu vervollständigen, haben wir dann noch die Maßnahmen der EZB, die ich bereits erwähnt habe, nämlich die quantitative Lockerung.

Übrigens habe ich mich über Ihre Aussage gefreut, dass im EZB-Rat Einigkeit herrscht, da die ALDE-Fraktion natürlich den Zusammenhalt im EZB-Rat für wichtig und die Unabhängigkeit der EZB für grundlegend hält. Ich würde aber gerne wissen, wie Sie zu diesen in

gewisser Weise miteinander verknüpften Themen stehen.

1-017

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Es tut mir leid, aber ich glaube, ich habe Ihre Frage nicht ganz verstanden.

1-018

**Petr Ježek (ALDE).** – Um es genauer auszudrücken: Da ja weitere Maßnahmen zur quantitativen Lockerung in Vorbereitung sind, gibt es Bedenken, dass dies entweder einige Mitgliedstaaten von der Konsolidierung ihrer öffentlichen Haushalte abhalten könnte oder aber andere Mitgliedstaaten mit größerem finanziellen Spielraum davon abbringen könnte, genug Mittel aufzuwenden.

1-019

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Das Argument, dass unsere Geldpolitik die Anreize für die Regierungen, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen – seien es Strukturreformen oder die haushaltspolitische Konsolidierung – beseitigen würde, wurde schon häufig vorgebracht. Die Erwiderung auf dieses Argument ist, denke ich, ziemlich eindeutig.

Zunächst ist ohne Umschweife zu sagen, dass wir unser Mandat haben, und unser Mandat ist die Preisstabilität. Preisstabilität bedeutet derzeit, die Inflation wieder auf einen Wert von knapp unter 2 % zu bringen. Andernfalls wären wir vom Regierungshandeln abhängig, und wir wissen unsere geldpolitische Unabhängigkeit wahrlich zu schätzen.

Ich würde sagen, dass diese beiden Gesichtspunkte juristisch und konzeptionell voneinander unabhängig sind. Stimmt es denn überhaupt, dass die Regierungen nicht gehandelt haben, weil sie mit so viel Geld überschüttet wurden, dass sie einfach kein Interesse mehr an Reformen haben? Wenn wir uns die Tatsachen anschauen, sehen wir, dass das nicht so ganz der Wahrheit entspricht: Es gab und es gibt Länder, die trotz bereits ziemlich niedriger Zinssätze ihre Arbeitsmärkte reformiert haben.

Außerdem haben viele Reformen schlicht nichts mit Geldpolitik zu tun, sondern mit dem politischen System, mit der Gesundheitsfürsorge oder anderen Bereichen.

Es gibt jedoch einen Bereich, in dem durchaus ein Zusammenhang zwischen Geldpolitik und Anreizen bestehen kann, und das sind die öffentlichen Haushalte. Es mag einen Zusammenhang geben zwischen den Einsparungen, die ein Land mit niedrigen Zinssätzen erzielen kann, und dem Unwillen, die Steuerpolitik oder die staatliche Ausgabenpolitik zu ändern. Aber abgesehen davon glaube ich wirklich nicht, dass viel darauf hindeutet, dass Länder ihre Arbeitsmarktreformen oder die Umsetzung des Binnenmarkts verzögert haben, weil die Zinsen zu niedrig oder zu hoch dafür waren.

1-020

**Matt Carthy (GUE/NGL).** – Herr Draghi, vor wenigen Wochen veröffentlichte die EZB einen Briefwechsel zwischen Ihrem Vorgänger, Jean-Claude Trichet, und

dem ehemaligen irischen Finanzminister. Ich würde Ihnen gerne ein paar Fragen zu diesen Schreiben stellen.

Zunächst beharrte die EZB im März und im Mai dieses Jahres kategorisch auf ihrem Standpunkt, wonach diese Schreiben eigentlich nicht zu veröffentlichen seien. Ich habe mich gefragt, was in der Zwischenzeit passiert ist. An welchen Beratungen oder Debatten hat sich die EZB beteiligt? Gab es beispielsweise irgendwelche Stellungnahmen oder Diskussionen mit dem Finanzministerium in Dublin? Wenn dies der Fall war, wie haben sich diese Diskussionen abgespielt, und in welchem Zeitraum haben sie stattgefunden? In einem der Schreiben – nämlich dem vom 15. Oktober 2010 an Minister Brian Lenihan – erklärte der damalige Präsident Jean-Claude Trichet, er würdige die unlängst gegebene Zusage der irischen Regierung, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und der EZB eine mehrjährige wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungsstrategie auszuarbeiten. Wie war damals der genaue Stand der Verhandlungen über eine Rettung? Sind Sie mit den Einzelheiten vertraut bzw. wissen Sie, wann die Diskussionen hierüber ihren Anfang nahmen?

Außerdem würde ich gerne fragen, ob Sie wissen, ob die EZB vor diesem Briefwechsel eine Bewertung der etwaigen Auswirkungen eines Beschlusses Irlands, die Inhaber von Anleihen zu beteiligen – also der Auswirkungen eines solchen Beschlusses auf das europäische Bankensystem – vorgenommen hat. Wissen Sie, ob die Ergebnisse einer solchen Bewertung einsehbar sind? Und würden Sie jetzt der Aussage zustimmen, dass es ein Fehler der EZB war, Irland anzuweisen, die Inhaber von Anleihen nicht zu beteiligen?

Und zuletzt würde ich gerne noch kurz fragen, ob Sie die Kapitalisierung der irischen Banken rückwirkend für eine realistische Möglichkeit halten und ob Sie von irgendeiner Andeutung einer irischen Regierung, einen entsprechenden Antrag zu stellen, Kenntnis haben, und wie die EZB in diesem Fall darauf reagieren würde.

1-021

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Sie haben mehrere Fragen gestellt, ich hoffe, ich kann sie alle umfassend beantworten. Zunächst wollten Sie wissen, warum wir uns anders entschieden haben. Wir haben uns nicht wirklich anders entschieden. In dem ursprünglichen Brief sagten wir, dass eine Veröffentlichung des Schreibens während der umfassenden Bewertung die Finanzstabilität beeinflussen könnte. Somit war Finanzstabilität der Grund dafür, dass wir die Veröffentlichung des Briefes aufgeschoben haben.

Lassen Sie mich zu anderen Punkten Stellung nehmen. Es muss unbedingt auf die Entwicklung in Irland, das ein Anpassungsprogramm der EU und des IWF beantragen musste, hingewiesen werden, und in der Tat gibt die vor kurzem erfolgte Veröffentlichung des gesamten Schriftverkehrs – wir sollten uns nicht auf ein Schreiben beschränken – zwischen dem ehemaligen

EZB-Präsidenten und dem damaligen irischen Finanzminister diese Entwicklung zwar in knapper Form, aber eindeutig wieder. Eigentlich waren nicht das Schreiben an sich, sondern erstens die Garantie der Regierung für die Verbindlichkeiten der Banken, zweitens das ganze Ausmaß der Krise in dem Land, drittens die dazukommenden erschwerenden externen Faktoren und viertens der Verlust des Vertrauens in den Markt dafür verantwortlich, dass Irland unter allen Umständen ein Anpassungsprogramm der EU und des IWF beantragen musste.

Mit Blick auf die Rolle des Eurosystems möchte ich betonen, dass sowohl in den Jahren vor Beginn des Anpassungsprogramms der EU und des IWF als auch im Zeitraum danach ein außerordentliches Maß an Liquidität für das irische Bankensystem bereitgestellt wurde. Zu dem Zeitpunkt, zu dem das Schreiben, über das wir uns unterhalten, abgeschickt wurde, machte diese Liquidität 85 % des irischen BIP und ein Viertel der gesamten vom Eurosystem bereitgestellten Liquidität aus.

Der EZB-Rat handelte stets innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs und gemäß den Regelungen, die für das ganze Euro-Währungsgebiet gelten. Es gibt jedoch Grenzen für die Unterstützung, die das Eurosystem den Banken in den Mitgliedstaaten gewähren kann. Diese Grenzen sind durch die allgemein anerkannten Regelungen festgelegt und wurden in dem Schreiben des ehemaligen EZB-Präsidenten vom 15. Oktober 2010 an den damaligen Finanzminister aufgezeigt.

Anfang November 2010 – und das ging auch aus dem darauf folgenden Schreiben des damaligen irischen Finanzministers vom 4. November 2010 an den ehemaligen EZB-Präsidenten hervor – hatte sich die Lage in Irland dramatisch verschlechtert, und der EZB-Rat hatte die Pflicht, sich mit dieser Lage zu befassen. Das Schreiben des ehemaligen EZB-Präsidenten, auf das Sie sich beziehen, wurde somit am 19. November 2010 an den damaligen irischen Finanzminister gesandt. In seiner Antwort vom 21. November 2010 erklärte der irische Finanzminister, er könne die in dem Schreiben dargelegten Bedenken des EZB-Rats in vollem Umfang nachvollziehen.

1-022

**Ernest Urtasun (Verts/ALE)**. – Willkommen, Herr Draghi, und vielen Dank dafür, dass Sie heute hier sind. Ich würde gerne auf den soeben von Ihnen angesprochenen Sachverhalt und die Briefe, die in Bezug auf Irland veröffentlicht wurden, zurückkommen.

Nach Ansicht meiner Fraktion – und für mich ist das das Ausschlaggebende – fand – anders als bei der letzten Pressekonferenz nach der Sitzung des EZB-Rats von Ihnen dargestellt – kein Dialog zwischen der Bank und der irischen Regierung statt. Meiner Auffassung nach war das nichts weniger als eine Drohung, dass Sie das irische Bankensystem untergehen lassen würden, wenn die irische Regierung kein Anpassungsprogramm

akzeptieren würde. Ich denke, dass die Bank hier wieder einmal ihr Mandat überschritten hat, was viel zu häufig vorkommt. Außerdem lösen die Heimlichtuerei, mit der diese Dinge gehandhabt werden, und die Tatsache, dass sogar die Mitglieder dieses Ausschusses, die ja eigentlich die Arbeit der Bank überwachen sollen, diese Dinge erst so spät erfahren, ernste Bedenken in der öffentlichen Meinung aus.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne zwei Fragen stellen. Erstens: Können Sie als Mitglied des EZB-Rats im Jahr 2010 angeben, auf welchen Artikel des Statuts der Bank Sie sich bei dem Beschluss, Irland zur Beantragung von Finanzhilfe zu zwingen, gestützt haben? Meine Fraktion ist nämlich nicht der Ansicht, dass Sie ein Mandat dafür hatten.

Zweitens: Können Sie uns sagen, ob Sie es richtig und angemessen finden, dass die Bank alle diese Maßnahmen hinter dem Rücken der öffentlichen Meinung und dieses Ausschusses ergreift?

1-023

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Entschuldigung, wie genau lautet die Frage?

1-024

**Ernest Urtasun (Verts/ALE)**. – Die Frage, Herr Draghi, ist, auf welcher Rechtsgrundlage die Bank die irische Regierung aufforderte, im Gegenzug für die Unterstützung des Bankensystems Finanzhilfe zu beantragen. Mit welchem Recht fasste der EZB-Rat diesen Beschluss?

1-025

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich kann noch einmal den Brief heranziehen und meine vorherige Antwort wiederholen. Wenn Sie ein Land mit 85 % Liquidität unterstützen – 85 % des BIP des Landes und ein Viertel der gesamten Liquidität des Eurosystems –, dann wollen Sie sicher sein, dass es keine systemische Bedrohung der Stabilität des ganzen Eurosystems gibt. Sollte sich die EZB keine Sorgen hierüber machen? Sollte die EZB etwa nicht die Maßnahmen einfordern, mit denen sichergestellt ist, dass sich die Lage wieder stabilisiert? Glauben Sie nicht, die EZB ist all den anderen Ländern verpflichtet, die diese Liquidität zur Verfügung stellen?

Ich glaube, dass die EZB genau das getan hat, und ich habe in meiner Antwort zuvor bereits die Schritte erwähnt, als ich deutlich gemacht habe, dass es sich hier nicht um irgendeine irrationale Handlung der EZB oder ein autoritäres Vorgehen gehandelt hat, sondern um einen Bestandteil eines umfassenden politischen Dialogs zwischen der EZB und Irland, in dessen Rahmen Irland schließlich auch ein Programm der EU und des IWF beantragt hat.

1-026

**Ernest Urtasun (Verts/ALE)**. – Herr Präsident, ich würde gerne eine andere Frage zum Inflationsziel stellen.

Im Vertrag ist als wichtigstes Ziel der EZB die Preisstabilität festgelegt, aber der EZB-Rat verfügt über den Ermessensspielraum, das genaue Maß festzulegen, das – wie wir alle wissen – derzeit bei knapp unter 2 % liegt.

Könnte diese operative Umsetzung des im Vertrag festgelegten Ziels angesichts der derzeitigen Lage und der aktuellen Umstände geändert werden, und ist darüber im EZB-Rat gesprochen worden?

1-027

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Nein, es ist wenig wahrscheinlich, dass der Rat hier eine Änderung vornimmt. Das bleibt so.

1-028

**Marco Zanni (EFDD)**. – Herr Präsident, liebe Kollegen, ich würde Herrn Draghi gerne drei Fragen stellen. Die erste Frage betrifft den „Luxemburg-Leaks“-Skandal im Zusammenhang mit der Steuervermeidung in Luxemburg. Die EZB ist ja jetzt für die Aufsicht über die größten europäischen Banken zuständig. Wie sieht der Präsident diesen Skandal angesichts der Tatsache, dass die europäischen Banken massiv auf solche Konstruktionen zurückgegriffen haben, um Milliarden Euro an Steuern zu sparen? Konkreter formuliert, welche Bemühungen wird die EZB unternehmen, um dieses Problem zu lösen, und welche Rolle wird sie hierbei einnehmen?

Die zweite Frage betrifft die Stresstests und die Überprüfung der Qualität der Bankenaktiva. Die Antworten von Frau Nouy haben mich nicht vollständig überzeugt. Ich würde deshalb gerne wissen, was Sie insbesondere von der bei den Stresstests und der Überprüfung der Qualität der Bankenaktiva angewandten Methodik halten. Glauben Sie nicht, dass bei dieser Methodik die großen Risiken der Bilanzen der europäischen Banken – nämlich die abgeleiteten Risiken – vergessen wurden?

Glauben Sie, dass – wenn die ermittelte Kapitallücke geschlossen ist – das europäische Finanzsystem eine neue Krise ähnlich dem Lehman-Zusammenbruch überstehen kann? Außerdem soll Analysen zufolge eine Bank wie die Deutsche Bank, die ein Derivatrisiko von geschätzten 75 Billionen EUR hat, weniger Risiken bergen als eine Bank wie Intesa San Paolo, die sich mit traditionelleren Geschäften befasst. Was halten Sie von dieser Aussage?

Mit Blick auf Derivate wüsste ich gerne, was Sie über die mögliche Einrichtung einer öffentlichen Stelle ähnlich dem nach 2008 in den Vereinigten Staaten geschaffenen OCC (Office of the Comptroller of the Currency) denken, dem die Aufgabe übertragen würde, vierteljährlich einen Bericht zu veröffentlichen, in dem

das Derivatrisiko der größten europäischen Banken beurteilt und nach Möglichkeit quantifiziert wird.

Meine letzte Frage betrifft den Euro. Es ist offensichtlich, dass viele Europäer von der gemeinsamen Währung so sehr enttäuscht sind, dass möglicherweise früher oder später ein Land beschließen wird, das Euro-Währungsgebiet zu verlassen. Am 25. Mai haben Millionen Bürger der Europäischen Union für Parteien oder politische Bewegungen gestimmt, deren Programme ein Referendum oder den Austritt aus dem Euro vorsehen. Ich würde gerne wissen, ob die EZB es nicht auch für angemessen und demokratisch hält, die legislative Lücke in den EU-Verträgen hinsichtlich eines Austritts aus dem Euro zu schließen und die Mechanismen einzurichten, mit denen Mitgliedstaaten, die diesen Weg demokratisch legitimiert beschreiten wollen, das auch tun können.

Herr Dombrowskis, das für den Euro zuständige Mitglied der Kommission, sagte bei seiner Anhörung, ein Land, das das Euro-Währungsgebiet verlassen wolle, könne nicht daran gehindert werden, und die Kommission würde die erforderliche technische Unterstützung leisten. Tags darauf veröffentlichte er eine Mitteilung, in der er diese Erklärung widerrief. Ich wüsste gerne, was Sie davon halten.

1-029

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich befasse mich der Reihe nach mit Ihren Fragen. Zu Luxemburg-Leaks ist zu sagen, dass wir hier keine Rolle spielen. Hier geht es um Steuerharmonisierung und Steuerbehandlung in verschiedenen Ländern. Wie Sie wissen, ist die EZB schon sehr mächtig, aber Steuerhoheit haben wir noch keine erhalten.

Zweitens, die Methodik der umfassenden Bewertung und der Stresstests. Alles in allem – und wahrscheinlich kann ich später noch einmal hierauf zurückkommen – ist die umfassende Bewertung solide, glaubwürdig und transparent abgelaufen und wurde meiner Ansicht nach vom größten Teil der öffentlichen Meinung und des Finanzsektors als Fortschritt bei der Stärkung der Bilanzen der größten Banken des Euro-Währungsgebiets begrüßt. Und aus dieser Sicht wird sich die Bewertung als nutzbringend erweisen, und zwar für die Stärkung der Transmission der Geldpolitik, aber auch als stabile Grundlage für eine Verbesserung der Kreditströme in den nächsten Monaten.

Ist die Arbeit vollendet? Ihre Frage kann in gewisser Weise so umformuliert werden: Haben wir jetzt vollkommen vergleichbare Ausgangsbedingungen in der Bankenunion? Die Antwort darauf lautet: noch nicht. Wir haben viele Fortschritte gemacht, müssen aber noch mehr tun. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Zuerst, warum haben wir keine gleichen Ausgangsbedingungen? Weil viele verschiedene Länder unterschiedliche Rechtsvorschriften haben, und diese einzelstaatliche Reglementierung wurde von der

europäischen Legislative anerkannt. Im Moment gelten also die nationalen Rechtsvorschriften, und die umfassende Bewertung und der Stresstest müssen ihnen Rechnung tragen.

Ein paar Beispiele: Die Behandlung von Geschäftswerten ist eines davon. Sie ist in jedem Land anders. Zweitens, der Umgang mit latenten Steueransprüchen. Das ist ein anderes Beispiel. Und drittens – und jetzt komme ich zu dem von Ihnen angesprochenen Punkt – die Harmonisierung der risikobewerteten Vermögenswerte oder im Großen und Ganzen die ähnliche oder gleiche Behandlung einzelstaatlicher abgestufter Modelle. Wir müssen also noch mehr für gleiche Ausgangsbedingungen tun und – wie bereits mehrmals betont wurde – der SSM, Frau Nouy, Frau Lautenschläger und der ganze Rat fühlen sich dieser Aufgabe in höchstem Maß verpflichtet.

Reicht das aus, wenn irgendwo in der Welt von irgendjemandem eine Krise ausgelöst wird? Natürlich nicht. Die Menschen, die an der Bewältigung von Finanzkrisen gearbeitet haben, haben sich nicht gefragt, wie die nächste Krise aussehen könnte, um genau für diese Krise gewappnet zu sein, sondern sie waren bestrebt, das System insgesamt stabiler und widerstandsfähiger zu machen, was nichts anderes heißt, als dass das System stabiler sein wird, wenn eine neue Krise kommt.

Können wir ganz sicher sein, dass das System in der Zukunft vollkommen krisenresistent sein wird? Natürlich nicht. Es kommt darauf an, dass wir ganz sicher sein müssen, dass das System in verschiedener Hinsicht stärker ist, und auch an diesem Punkt müssen wir noch arbeiten. Bislang haben wir uns bei unserem Vorgehen auf den regulierten Teil des Bankensystems konzentriert. Wie wir alle wissen, gibt es natürlich noch das sogenannte Schattenbankensystem, das ein anderer regulierter Teil ist und sehr schnell wächst.

Der nächste Punkt ist die Deutsche Bank. Natürlich gebe ich keine Kommentare zu einzelnen Banken ab. Zum Euro sind Sie offenbar vollkommen überzeugt davon und es ist für Sie auch ganz klar – für mich ist es das nicht –, dass manche Länder tatsächlich den Euro verlassen könnten oder auch nicht. Was uns betrifft: Zunächst einmal haben wir keine legislativen Befugnisse. Wir haben schon genug Macht. Wenn Sie uns auch die legislative Befugnis erteilen wollen, Ländern den Verbleib im oder den Austritt aus dem Euro zu genehmigen, dann sind wir sicher nicht sehr dankbar dafür. Aber wie dem auch sei, wir haben diese Befugnis nicht. Mit Blick auf die EZB habe ich oft gesagt, dass der Euro unumkehrbar ist, und die EZB wird auch in der Zukunft alles Erforderliche innerhalb ihres Mandats tun.

1-030

**Der Vorsitzende**. – Ich möchte hier nur kurz darauf hinweisen, dass Vizepräsident Dombrowskis sich in seiner Aussage noch einmal klipp und klar zur Integrität des Euro-Währungsgebiets bekannt hat. Auch ich halte den Euro für unumkehrbar, die Erklärung von

Vizepräsident Dombrovskis war also von großer Bedeutung.

1-031

**Barbara Kappel (NI).** – Herr Vorsitzender, Herr Präsident Draghi! Eine der umstrittensten Maßnahmen, die seitens der EZB zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen wurden, war das OMT-Kaufprogramm vom August 2012. Nun scheint Ähnliches wieder angedacht für das kommende Jahr. Durch den Ankauf von Staatsanleihen soll eine neuerliche quantitative Lockerung unterstützt und die Bilanzsumme der EZB auf das Niveau von 2012, das heißt auf über 3 000 Milliarden Euro, erhöht werden. Das Letztere sprachen Sie ja heute schon an.

Nicht alle Mitgliedstaaten haben in der Vergangenheit aber auf dieses Aufkaufprogramm, das ihnen letztlich nur Zeit schenkte, mit entsprechenden Reformschritten reagiert. Trotz jährlicher Aufforderung der Kommission sind viele Mitgliedstaaten säumig, Strukturreformen umzusetzen und eine stabile Haushaltspolitik zu verfolgen. Meine Frage nun an Sie: Teilen Sie vor diesem Hintergrund meine Einschätzung, dass der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB bei reformunwilligen und reformunfähigen Ländern falsche Anreize setzen könnte? Falsche Anreize in dem Sinn, dass diese Länder die notwendigen Strukturreformen im Haushaltsbereich nicht umsetzen, weil sie ihre Neuverschuldung günstig finanzieren können.

Erlauben Sie mir vielleicht noch eine zweite Frage in Bezug auf den privaten Sektor: Durch Basel III hat die Finanzindustrie mehr Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, höhere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen. Im Zuge der Verwirklichung der Bankenunion wurden ebenfalls weitere Kosten für Aufsicht, Abwicklung und Einlagensicherung geschaffen. Neu ist, dass es zukünftig für systemrelevante Geldinstitute zusätzliche große Puffer aus Fremdkapital geben soll. Nachdem Basel III seit 1. Januar 2014 in Kraft ist und die Bankenunion mit den bekannten Mehrkosten für Banken realisiert wird, stellt sich nun die Frage, ob die EZB negative Wirkungen von Basel 3 und anderen neuen Anforderungen der Bankenaufsicht auf die KMU-Finanzierung beobachtet, und wenn ja, welche Lösungen die EZB hierfür vorsieht, um eine bessere Finanzierung für KMUs zu gewährleisten.

1-032

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zur ersten Frage komme ich auf meine Ausführungen zu Beginn zurück, in denen ich die zwischen Juni und September ergriffenen Maßnahmen der EZB genannt habe: die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte und den Beschluss, den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen und ABS fortzusetzen. Wir sind zuversichtlich, dass diese Maßnahmen mittelfristig zu einer Stützung der Inflationsentwicklung beitragen werden, und wir erwarten, dass sie sich spürbar auf unsere Bilanz

auswirken werden, die voraussichtlich den Stand von März 2012 erreichen wird.

Wenn sich aber diese Maßnahmen als unzureichend dafür erweisen sollten, unser Inflationsziel mittelfristig wieder bis knapp unter 2 % zu bringen oder eine etwaige Verschlechterung der Inflationserwartung zu bekämpfen, oder wenn sich die Inflationserwartungen als solche verschlechtern, dann ist der EZB-Rat bereit, Maßnahmen zu ergreifen.

Wie ich schon sagte, steht er einvernehmlich zu der Zusage, zusätzlich zu den bereits beschlossenen noch weitere unkonventionelle Maßnahmen zu treffen. Damit er auch tatsächlich vorbereitet ist, hat er in seiner letzten Sitzung den Stab der EZB und die einschlägigen Ausschüsse, die sich aus Mitarbeitern der nationalen Zentralbanken zusammensetzen, aufgefordert, diese anderen unkonventionellen Maßnahmen vorzubereiten und sie zu analysieren.

Immerhin haben wir ein Mandat. Dem Mandat ist zu entnehmen, dass das Inflationsziel knapp unter 2 % liegen muss, und aus diesem Grund – und ich habe zuvor schon eine ähnlich gelagerte Frage beantwortet – betrachten wir die Auswirkungen auf die Regierungen anderer Länder als ein anderes Thema.

Die Tatsache, ob diese Länder Anreize für oder gegen die Ergreifung von Maßnahmen haben, ist zwar wichtig, gehört aber eigentlich nicht zu unserem Mandat. Die EZB wurde nicht dafür geschaffen, dafür zu sorgen, dass Regierungen das Richtige tun. Uns ist das bewusst, und es ist wichtig für die Wirksamkeit unserer Geldpolitik. Wie ich schon sagte, machen Strukturreformen unsere Geldpolitik wirksamer, aber wir müssen innerhalb unseres Mandats handeln. Nun könnte unter die anderen unkonventionellen Maßnahmen auch der Ankauf von verschiedenen Vermögenswerten – u. a. Staatsanleihen – fallen.

1-033

**Werner Langen (PPE).** – Herr Präsident! Sie haben am Ende gesagt und jetzt wiederholt: „Die Geldpolitik alleine kann die Probleme nicht lösen.“ Sie haben Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung, höhere Produktivität etc. genannt – das ist sicher alles richtig. In der Öffentlichkeit werden aber im Augenblick auch andere Fragen diskutiert, die nicht mit der Vergangenheit zusammenhängen, sondern mit der Zukunft. Das eine ist die Diskussion, die Frau Lagarde angestoßen hat, und ich stelle Ihnen die Frage mit der Bitte um Antwort: Ist es nicht notwendig, die Verschuldungsregeln von 1995 nach der Bankenkrise, die weltweit zu einer Erhöhung der Verschuldung um 25 % geführt hat, anzupassen? Das war ja damals der Durchschnitt der zehn Jahre vorher. Dazu gehört auch die Neuverschuldung, die sich an der Wachstumsrate orientiert hat. Müsste nicht die Verschuldungsgrenze angehoben und die Neuverschuldungsmöglichkeit reduziert werden? Ich nenne dazu auch die Inflationsrate. Will die EZB tatsächlich gegen sinkende Öl- und Gaspreise ihre Politik betreiben? Das werden

Sie ja im Budget nicht verändern können, das ist ein Faktum, das eigentlich die Produktivität erhöht. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Die quantitative Lockerung und die Maßnahmen, die Sie gemacht haben, so vielfältig sie sind, haben bisher nicht zum Erfolg geführt. Da wird in der Öffentlichkeit diskutiert: Durch die Übernahme der Risiken der Banken und damit Entlastung der Staaten – wird die EZB möglicherweise zur Bad Bank, ohne dass die Liquidität erhöht wird und damit die Kreditvergabe? Die Liquidität ist nämlich nach meiner Einschätzung nicht das Problem, sondern möglicherweise höhere Anforderungen.

Das Dritte – der jüngste Vorschlag von diesem Wochenende: Für das Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Entwicklungen ist vor allen Dingen die Reallohnentwicklung maßgeblich. Die Troika-Programme haben ja dazu geführt, dass diese Produktivität in einem sehr schmerzhaften Prozess zurückgeführt wurde. Wir haben nur drei Möglichkeiten: Inflation, Deflation oder Abwertung. Die Abwertung ist versperrt. Und jetzt kommen neue Vorschläge auf den Tisch, dass man möglicherweise einen Korrekturmechanismus einführen soll. Was halten Sie davon? Das liegt erneut auf dem Tisch.

1-034

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich glaube, ich habe nur zwei der drei Fragen verstanden, ich bin nicht sicher, ob ich die dritte Frage verstanden habe, aber lassen Sie mich zunächst auf den ersten Punkt eingehen. Ohne unsere Regeln ist kein Vertrauen möglich. Unsere Regeln müssen als solche befolgt werden, und sie wurden mit einer gewissen Flexibilität ausgestattet, von der Gebrauch gemacht werden kann.

Lassen Sie uns darüber nachdenken, was 2003 und 2005 schiefgegangen ist. Die Regeln wurden geändert, weil manche Länder das so wollten – nicht aus einem kollektiven gemeinschaftlichen Prozess heraus. Mit den geänderten Regeln wuchs die Verschuldung, sodass die Schuldenstände beim Ausbruch der großen Finanzkrise bereits sehr hoch waren, und sie stiegen nach der Finanzkrise noch weiter an.

Es geht also um folgende Frage: Sollen wir – wie es der IWF offensichtlich vorschlägt – die Regeln alle überarbeiten und eine umfassende Diskussion auslösen, oder sollen wir uns einfach an die Regeln halten und davon ausgehen, dass es für das gegenseitige Vertrauen und die Glaubwürdigkeit wichtiger ist, die Regeln einzuhalten, die ja, wie ich bereits sagte, hinreichend sorgfältig verfasst wurden? Die EZB ist eher für die zweite Lösung. Die EZB ist nicht dafür, eine umfassende Diskussion vom Zaun zu brechen, um unsere Regeln jetzt zu ändern.

Ich bin nicht sicher, ob ich Ihnen so ganz zustimme, wenn Sie sagen, dass unsere Geldpolitik nicht erfolgreich war. Ich würde sogar das Gegenteil

behaupten: Unsere Geldpolitik war außerordentlich erfolgreich. Alle unsere Zinssätze sind niedriger als zuvor, und die niedrigsten sind sogar niedriger als in den Vereinigten Staaten – und das ganz ohne quantitative Lockerung. Sie sind für alle Fristigkeiten und alle Horizonte niedriger. Wir haben 2012 erfolgreich die Krise im Zusammenhang mit dem mangelnden Vertrauen in den Euro bekämpft. Wir haben unsere Zinssätze herabgesetzt und wir haben sogar den Zinssatz für die Einlagefazilität gesenkt, sodass Banken, die ihr Geld nicht der Realwirtschaft leihen, sondern bei der EZB parken möchten, jetzt dafür bezahlen müssen.

Aber war unsere Geldpolitik bei der Wiederbelebung der Realwirtschaft im Euro-Währungsgebiet genauso erfolgreich? Die Antwort lautet nein. Es braucht Zeit, bis dieser geldpolitische Impuls in Gang kommt und seinen Weg in die Wirtschaft findet. Und wir haben natürlich oft gesagt, dass zwei andere Stützpfeiler erforderlich sind: die Strukturreformen und eine angemessene Haushaltspolitik.

Ich würde also sagen, dass wir auf der Finanzmarktseite und bei der Stärkung des Bankensystems sehr erfolgreich waren, und die Banken – ob Sie sie mögen oder nicht – vermitteln immer noch 80 % der Kreditströme an die Realwirtschaft.

Um also eine Frage zu beantworten, die ich vorher übergangen habe, als wir darlegten, was wir vorhatten, um den Zugang von KMU zu Finanzierungen zu erleichtern: Eine der wichtigsten von uns ergriffenen Maßnahmen war die umfassende Bewertung, da wir so dafür gesorgt haben, dass das Bankensystem jetzt gesünder und robuster ist und den KMU mehr Darlehen gewähren kann, da die Banken selbst mehr Kapital haben.

Es tut mir leid, aber die letzte Frage über Reallöhne habe ich nicht verstanden.

1-035

**Werner Langen (PPE)**. – Herr Präsident Draghi! Die letzte Frage war an den Vorschlägen orientiert, die politisch und auch von Wirtschaftswissenschaftlern vorgetragen werden, dass der mangelnde Reformwille in einigen Mitgliedstaaten nicht durch niedrige Zinsen zu beheben ist, auch nicht durch Verlängerungen. Wenn Sie einen Schuldenstand von 95 % haben, dann werden Sie auf 60 % im Jahr 2050 zurückkommen. Das mit den politischen Vorschlägen kann keine Lösung sein. Deshalb war die Frage: Gibt es einen Korrekturfaktor, der denkbar ist, der vorgeschlagen wird, um die Relationen, die ja vor fünfzehn Jahren festgeschrieben wurden – im Mai 1998 –, nochmals nachträglich anzupassen?

1-036

**Mario Draghi**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich glaube, daran werden wir noch arbeiten und darüber diskutieren. Derzeit haben wir noch keinen Standpunkt hierzu. Auf die Frage, ob unsere Geldpolitik die Anreize für Regierungen, tätig zu

werden und die richtigen Reformen umzusetzen, beseitigt, bin ich bereits zuvor eingegangen. Ich habe gesagt, dass das in einem Bereich – nämlich der Haushaltspolitik – zutrifft, denn wenn die Regierungen weniger Zinsen bezahlen, meinen sie, sie könnten Maßnahmen in gewisser Weise verschieben und die Ausgaben der öffentlichen Hand senken. In allen anderen Bereichen gibt es aber keine Anzeichen für einen engen Bezug zwischen der Untätigkeit bei Strukturreformen und der Höhe der Zinssätze.

1-037

**Renato Soru (S&D).** – Herr Draghi, es ist stets sehr hilfreich, Ihnen zuzuhören, und es trägt dazu bei, viele Dinge klarzustellen. Sie haben bereits eine der Fragen, die ich Ihnen stellen wollte, beantwortet. Glauben Sie, dass die Geldpolitik der EZB in Europa, wo 80 % der den Unternehmen bereitgestellten Finanzmittel über Banken gewährt werden, weniger wirksam ist als in anderen Systemen, in denen die Banken viel weniger beteiligt sind und den Finanzierungsanforderungen der Unternehmen direkt begegnet werden kann?

Die aktuelle Bewertung des europäischen Bankensystems hat ergeben, dass die Banken angemessen kapitalisiert sind. Manchmal jedoch schafft die Geldpolitik keinen ausreichenden Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zu Kapital, was vor allem daran liegt, dass bei dieser Art Finanzierung mehr Kapital von den Banken mobilisiert werden muss, und besonders unterkapitalisierte Banken sind hier eher zurückhaltend.

Am Ende kommen wir immer auf die gleiche Frage zurück: Die Geldpolitik hat viel für die Senkung der Zinssätze getan, sie alleine reicht aber nicht aus. Sie haben heute selbst wieder darauf hingewiesen: Es könnte mehr erreicht werden, wenn Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und auf anderen Märkten ergriffen würden, aber vor allem, wenn das Vertrauen insgesamt gestärkt würde. Was jedoch noch fehlt, sind öffentliche und private Investitionen und eine Art gemeinsamer Finanzpolitik. Am ehesten kommt wohl noch das große 300-Milliarden-Investitionsprogramm, das derzeit in aller Munde ist, einer gemeinsamen Finanzpolitik gleich, aber offensichtlich weiß niemand, wie es finanziert werden soll. In den letzten Tagen wurde über einen neuen mit dem Faktor 5 oder 10 gehebelten Investitionsfonds gesprochen, der endlich die für öffentliche und private Projekte in Europa erforderliche Unterstützung bereitstellen könnte.

Glauben Sie, dass die EZB wirklich – wie Sie heute gesagt haben – „alles Erforderliche“ für die Finanzierung von Junckers Plan tun kann? Wir müssen „alles Erforderliche“ tun, nicht nur, um den Euro solide zu konsolidieren, sondern auch, um die Erholung der Wirtschaft voranzubringen und neues Wachstum zu generieren, den Arbeitsmarkt neu zu beleben und die schwerwiegenden sozialen Probleme, von denen derzeit viele Länder Europas betroffen sind, zu lindern.

1-038

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Das Euro-Währungsgebiet unterscheidet sich grundlegend von den Vereinigten Staaten, da bei uns nämlich 80 % der gesamten Kreditströme über das Bankensystem laufen. In den Vereinigten Staaten ist genau das Gegenteil der Fall, dort werden nur 30 % oder wahrscheinlich sogar noch weniger über das Bankensystem vergeben.

Welches der beiden Systeme ist besser? Nun ja, wir haben ja in den letzten Jahren gesehen, dass Banken, die aus irgendeinem Grund in eine länger andauernde Schwächephase geraten, keine Kredite mehr vergeben. Es spielt keine Rolle, was für eine Geldpolitik von der Zentralbank umgesetzt wird, sie kann noch so expansiv sein, aber bei der Realwirtschaft kommen keine Kredite an, weil der Darlehenskanal über die Banken beschädigt ist.

Im Übrigen haben wir in den letzten drei bis vier Jahren – 2011, 2012 und vor allem 2013 – ein außerordentlich starkes Abschwellen der Kreditströme verzeichnet. Jetzt scheint der Tiefpunkt glücklicherweise hinter uns zu liegen, und die umfassende Bewertung kann tatsächlich von Nutzen sein und sich in den nächsten Monaten positiv auf die Kreditströme auswirken.

Wenn wir aber nicht nur die Bankendarlehen betrachten, sondern auch die Kapitalmarktdarlehen, die Ausgabe von Unternehmensanleihen und die Eigenfinanzierung, und wenn wir alle diese Finanzierungsquellen zusammen betrachten, dann stellen wir fest, dass die beiden letztgenannten Quellen – Kapitalmarktfinanzierungen und Eigenfinanzierungen – den Rückgang der Bankendarlehen in den letzten drei, vier Jahren mehr als aufgewogen haben. Dies führt uns zu zwei Schlussfolgerungen, zu zwei Überlegungen.

Die erste ist die Frage, ob diese Entwicklung zufriedenstellend ist. Nein, das ist sie nicht, da KMU üblicherweise keinen Zugang zu den Kapitalmärkten haben, und somit wurden die Großunternehmen weiter mit Finanzmitteln versorgt, aber KMU, die ja 70 bis 80 % der Arbeitsplätze im Euro-Währungsgebiet stellen, eben nicht.

Die zweite Überlegung lautet, ob wir unsere Politik dahingehend ausrichten sollten, dass wir einen viel stärkeren Kapitalmarkt als derzeit schaffen, sodass sich unsere Volkswirtschaften künftig weniger auf das Bankensystem stützen. Die Antwort lautet ja, auf jeden Fall. In diesem Sinne freuen wir uns sehr über den Vorschlag des Präsidenten der Kommission für eine Kapitalmarktunion, mit dem die Kommission und Sie sich 2015 eingehend befassen werden.

Zu dem vom Präsidenten der Kommission vorgestellten konkreten Investitionsvorhaben ist zu sagen, dass wir es zwar sehr begrüßen, die EZB beteiligt sich aber nicht an der Finanzierung. Wir müssen auf die Präsentation durch die Kommission warten, um mehr über das Vorhaben selbst zu erfahren.

1-039

**Danuta Maria Hübner (PPE).** – Herr Draghi, als Sie die Absicht der EZB bekannt gaben, das ABS-Programm anlaufen zu lassen, haben Sie deutlich gemacht, dass Sie zunächst Senior-Tranchen und garantierte Mezzanine-Tranchen ankaufen würden. Dann haben Sie mehrmals die Forderung erhoben, die Mezzanine-Tranchen sollten von den Mitgliedstaaten garantiert werden, und so wie ich die Reaktionen auf diese Forderung deute, sind die Mitgliedstaaten wohl sehr zurückhaltend mit dieser Art Garantien.

Deswegen frage ich Sie – auch im Zusammenhang mit dem, was Sie heute gesagt haben, nämlich dass die Zentralbank alles Erforderliche tun würde –, was werden Sie denn tun? Wollen Sie die Mezzanine-Tranchen fallen lassen und davon ausgehen, dass die Senior-Tranchen ausreichen werden? Oder machen Sie mit den Mezzanine-Tranchen auch ohne die Garantien der Mitgliedstaaten weiter, um so das Potenzial der forderungsbesicherten Wertpapiere vollständig zu nutzen?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die makroprudenzielle Aufsicht, denn wir wissen, dass der SSM – und darauf hat auch Frau Nouy hingewiesen – ein makro-mikroprudenzieller Aufsichtsmechanismus ist, und wir wissen auch, dass der Mechanismus berechtigt ist, höhere Kapitalpuffer zur Auflage zu machen und außerdem strengere Maßnahmen zur Senkung des makroprudenziellen Risikos zu ergreifen. Und dann wissen wir natürlich auch, dass der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) nach wie vor das wichtigste Gremium der Europäischen Union für diese makroprudenzielle Aufsicht ist.

Wenn wir also an die Zukunft des SSM denken, stellt sich die Frage, wie diese makroprudenzielle Aufsicht zwischen Ihnen, dem SSM und dem ESRB, der ja auch damit beauftragt ist, gehandhabt wird.

1-040

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Die zweite Frage werde ich das nächste Mal beantworten. Lassen Sie mich etwas zum ersten Punkt sagen, denn es wurde angedeutet, die EZB könne eine „Bad Bank“ werden. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wie dieser Gedanke aufgekommen ist. Lassen Sie mich kurz erklären, was wir mit den ABS machen. Zunächst einmal müssen wir uns bewusst machen, dass wir völlig unterschiedliche Dinge beim gleichen Namen nennen.

In den Vereinigten Staaten bedeutete ABS meistens Subprime. Subprime-Hypothekendarlehen gibt es in Europa nicht. Wenn wir alle strukturierten Finanzprodukte von 2007 bis 2013 zusammennehmen, betrug die Ausfallrate in den Vereinigten Staaten 18,4 %. In Europa lag sie bei 1,5 %, wir geben also zwei unterschiedlichen Dingen den gleichen Namen. Wir kaufen aber nicht alle ABS, sondern nur bestimmte ABS. Die durch private Wohnimmobilien besicherten Wertpapiere haben beispielsweise eine Ausfallrate von 0,1 %. Wir kaufen ABS, die auf Verbraucherdarlehen

gestützt sind. Hier haben wir eine Ausfallrate von 0,04 %, aber auch damit sind wir nicht zufrieden. Wir kaufen nur die Senior-Tranchen, die sogar eine noch geringere Ausfallrate aufweisen. Ich meine, dass die Bezeichnung „Bad Bank“ für die EZB – gelinde gesagt – nicht zutrifft.

Ich komme jetzt zu den Mezzanine-Tranchen. Die Mezzanine-Tranchen sind der riskantere – nicht der riskanteste, aber doch der riskantere – Teil eines ABS, und deshalb haben wir gesagt, wir würden sie nur mit einer Garantie kaufen. Daran halten wir nach wie vor fest: Wir kaufen nur in Verbindung mit einer Garantie. Ich weiß, dass auf den ersten Blick die Antworten mancher Regierungen nicht positiv waren, aber das stimmt so nicht. Manche Regierungen sind eindeutig dagegen, aber andere wiederum sind hingegen dafür.

Übrigens bieten bereits die meisten – wenn nicht alle – Regierungen Garantien für ihre Mezzanine-Tranchen, und zwar über ihre gesonderten Einrichtungen, nämlich die Caisse des Dépôts in Frankreich, die Cassa Depositi in Italien, und es gibt ähnliche Stellen in Spanien, Deutschland usw. Sie setzen dies schon um, es geht nun also wohl eher darum, sich abzustimmen und dabei besser zusammenzuarbeiten. Das braucht Zeit. Wir beginnen mit dem Ankaufprogramm für die Senior-Tranchen und dann sehen wir weiter.

1-041

**Peter Simon (S&D).** – Herr Präsident! Trotz der weiteren Annäherung des EZB-Leitzinses nahe an die Null-Grenze und der anhaltenden Flutung der Märkte mit Liquidität stellen wir doch leider fest, dass in der Realwirtschaft, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, das Geld eben nicht ankommt. Meine Frage: Was lässt sich aus Sicht der EZB überhaupt seitens der EZB hier unternehmen oder anregen, damit hier Geld bei den Unternehmen selbst ankommt? Und was würden Sie uns als europäischem Gesetzgeber mit auf den Weg geben? Was würden Sie den Mitgliedstaaten neben den von Ihnen bereits wiederholt angesprochenen internen Strukturreformen mit auf den Weg geben, um hier tatsächlich diese Lücke zu füllen, dass auf der einen Seite das Geld bei den Banken oft genug sehr wohl da ist, auf der anderen Seite es im einen Fall nicht abgerufen wird oder im anderen Fall erst gar nicht angeboten wird?

Eine zweite, kurze Frage, auch vor diesem Hintergrund, aber mit einer anderen Zielrichtung, nämlich bezogen auf die Kapitalmarktunion: Ziel der Kapitalmarktunion ist es, die Unternehmensfinanzierung zu verbessern und auch unabhängiger zu machen von einer Bankenfinanzierung. Mich würde interessieren, welche Elemente Sie ganz persönlich als zentral für eine vollendete Kapitalmarktunion sehen würden und welche Rolle Sie für die EZB konkret bei der Schaffung der Kapitalmarktunion für angemessen hielten.

1-042

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Lassen Sie mich zunächst darauf

hinweisen, dass sich die Lage für KMU ebenfalls verbessert hat. Es gibt zwei Erhebungen: zum einen die aktuelle regelmäßige Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft und zum anderen eine Erhebung bei KMU, die – glaube ich – von der Kommission selbst durchgeführt wird, die sogenannte SAFE. Aus beiden Erhebungen geht hervor, dass sich die Lage verbessert hat, dass Kreditvergaberichtlinien gegenüber der Vergangenheit gelockert wurden und dass sich die Risikowahrnehmung der Banken deutlich verbessert hat.

Nun müssen wir mit der Tatsache umgehen, dass Kredit – und das ist einfach so – zweierlei bedeutet: sowohl das Angebot an als auch die Nachfrage nach Kredit. Mit Blick auf die Vergabekriterien für Kredite muss ich vorsichtig sein, denn wir sehen zwar an den Erhebungen der letzten 18 Monate, dass die Kriterien immer weiter gelockert werden, historisch gesehen sind sie aber immer noch streng, wenn wir sie mit dem langjährigen Durchschnitt vergleichen. Sie werden jedoch immer mehr gelockert. Auf der Nachfrageseite müssen wir eine Zunahme der Nachfrage nach Investitionskrediten verzeichnen, aber diese Entwicklung verläuft noch eher schleppend. Wir müssen hier übervorsichtig sein, sind jedoch guten Mutes, dass der Kreditzyklus wieder in Gang kommt. Wir müssen aber noch die spürbaren Auswirkungen auf KMU abwarten.

Mit Blick auf KMU können wir noch zwei weitere Überlegungen anstellen. Es ist nicht einfach, die Kreditvergabe auf KMU auszudehnen, da KMU traditionell oder – lassen Sie es mich so sagen – in manchen Ländern seit jeher in zu starkem Maße auf Fremdkapital angewiesen sind. Eigenfinanzierung kommt in KMU nur äußerst selten vor. Zweiter Punkt: Sollen alle KMU gleich behandelt werden? Natürlich nicht. Auch in den unter Druck stehenden Ländern erzielen alle KMU, die für den Export arbeiten, derzeit sehr gute Ergebnisse. Es handelt sich also in erster Linie um ein Problem der Binnennachfrage, und die KMU, die für die Binnennachfrage arbeiten, sind immer noch in einer schlechteren Lage, benötigen immer noch zu viel Fremdkapital, haben nicht genug Eigenkapital und stehen neuen Investitionen eher ablehnend gegenüber.

Wir glauben, dass unsere Geldpolitik nach und nach ihren Weg in die Wirtschaft finden und sie durchdringen wird. Zusammen mit anderen Faktoren wie den niedrigen Rohstoffpreisen wird sie die Nachfrage beleben, aber dies ist – wie wir bislang gesehen haben – ein langsamer Prozess.

Sie haben gefragt, welche Rolle die EZB bei der Kapitalmarktunion spielen könnte. Die EZB befürwortet natürlich eine geringere Abhängigkeit der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets von den Banken und eine größere Rolle der Kapitalmärkte, und wir sind bereit, dieses äußerst wichtige Vorhaben zusammen mit der Kommission anzugehen und mit ihr zusammenzuarbeiten.

**Luděk Niedermayer (PPE).** – Herr Draghi, ich möchte Ihnen zunächst viel Glück für Ihre Aufgabe im Zusammenhang mit dem SSM wünschen. Ich glaube, es ist sicher spannend für die EZB, die Aufsicht zu übernehmen, aber das heißt nicht, dass das Management – wie Sie vorhin erwähnten – unbedingt mehr Befugnisse haben möchte.

Meine erste Frage bezieht sich auf Ihre einleitenden Ausführungen. Sie haben gesagt, Sie hätten gerne in vielen Ländern kurzfristige Reformen, die der Wirtschaft helfen würden, und Sie haben auch gesagt – wenn ich mich nicht irre –, Sie hätten gerne eine eher langfristige Vision, die Europa helfen würde. Als Erstes möchte ich Sie fragen, ob Sie ein paar konkrete Beispiele für diese kurzfristigen Engagements nennen könnten, die Sie gerne sehen würden, und ich möchte auch wissen, welche Richtung die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa Ihrer Ansicht nach nehmen sollte.

Die zweite Frage betrifft in gewissem Maße die quantitative Lockerung. Sie sagten zu Beginn, dass Sie mit der Lockerung der Bedingungen für Offenmarktgeschäfte auf die Lage des Interbankenmarkts reagieren mussten. Das war sicher richtig, und Sie haben das sehr gut gemacht, aber ich möchte gerne wissen, wie Sie die weitere Entwicklung der Notfall-Liquiditätshilfe im Umfeld der Bankenunion sehen.

1-044

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zur ersten Frage ist zu sagen, dass in der Tat kurz- und langfristige Engagements einzugehen sind. Die kurzfristigen Engagements haben tatsächlich mit den Strukturreformen zu tun, über die wir gesprochen und die wir in der Vergangenheit häufig diskutiert haben, und zwar sowohl mit Blick auf die Vollendung der Rechtsvorschriften über den Binnenmarkt als auch auf eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und auf Reformen des Arbeitsmarkts. Aber wie ich schon sagte, handelt es sich hier um eine sehr allgemeine Aussage. Jedes Land hat seine eigene Agenda mit Strukturreformen.

Meine Feststellung hierzu ist ganz einfach. Wir haben vor der Einleitung dieser Reformen überlegt und überlegt und analysiert. Ich glaube, dass wir jetzt annähernd alles wissen und nun die Zeit für die Umsetzung gekommen ist. Es ist an der Zeit, diese Entscheidungen zu treffen. Ich bin mir voll und ganz bewusst, dass es sich hier um schwerwiegende Entscheidungen handelt, da sie manchmal die Art und Weise, in der die Gesellschaft viele Jahre lang organisiert und geführt wurde, nachhaltig verändern. Aber es ist ganz klar, dass diese Entscheidungen getroffen werden müssen.

Der zweite Punkt sind die langfristigen Engagements. Wenn wir zurückblicken und die Erfahrung der letzten – ich würde sagen – dreißig oder sogar vierzig Jahre analysieren, dann kommen wir automatisch zu dem Schluss, dass der Prozess unserer Integration über die

Zeit, über die Jahre, immer auf einer Grundlage stand, nämlich der gemeinsam ausgeübten Souveränität. Wir haben nach und nach immer mehr Souveränität in einzelnen Bereichen gemeinsam wahrgenommen. Nehmen wir das Beispiel der Geldpolitik: Vor der Einführung des Euro hatten viele Länder des Euro-Währungsgebiets ihre geldpolitische Souveränität aus mehreren Gründen vollständig eingebüßt. Heute – nach der Einführung des Euro und der Gründung der EZB – teilen alle diese Länder innerhalb dieser Institution ihre geldpolitische Souveränität.

Genauso ist es mit der Bankenunion. Die Märkte waren so beschaffen, dass die Souveränität über die einzelnen Banken in hohem Maß an die Märkte übergegangen war. Jetzt ist das mit einer einheitlichen Aufsicht anders. Und das trifft noch mehr auf die Fiskalunion zu. Hier hatten wir am Anfang gar keine gemeinsamen Regeln, und jetzt haben wir eine ausgereifte Haushaltsdisziplin, die nicht auf Institutionen, sondern auf für alle geltenden Regeln aufgebaut ist. Und so weiter und so fort.

Es ist ganz eindeutig, dass das unseren Erfahrungsschatz darstellt, und auf diesem Erfahrungsschatz sollten wir die nächsten Schritte aufbauen. Das meine ich mit langfristigen Engagements, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zunächst sollten die Bereiche mit gemeinsamen Regeln ausgeweitet werden, wobei wir die Strukturreformen gemeinsam steuern und schließlich gemeinsam die Souveränität ausüben könnten. Dann – und das ist komplizierter – sollten wir von Regelungen zu Institutionen übergehen, und hier höre ich auf, denn es ist weder meine Pflicht noch Teil unseres Zuständigkeitsbereichs, die nächsten Schritte vorzugeben.

1-045

**Alfred Sant (S&D).** – Herr Draghi, ich möchte Ihnen zuallererst meine Anerkennung dafür aussprechen, wie Sie bei den von Ihnen zu treffenden Entscheidungen die gegensätzlichen politischen Forderungen ausbalanciert haben. Sie haben diese Entscheidungen entschlossen und eindeutig getroffen. Sie tragen keinerlei Verantwortung als – in nationalen oder europäischen Wahlen – gewählter politischer Vertreter, und doch müssen Sie Entscheidungen von außerordentlicher politischer Tragweite treffen, und Sie geben immer wieder – auch jetzt – hochpolitische Erklärungen ab.

Es kommt manchmal vor, dass politische Entscheidungsträger auf ein Stichwort von Ihnen warten und Änderungen der vom Euro-Währungsgebiet einzuschlagenden Richtung wünschen. Sie, Herr Draghi, führen eine Zentralbank mit – gegenüber ähnlichen Institutionen auf der ganzen Welt – eingeschränkten Befugnissen, deshalb müssen Sie – wie auch heute Nachmittag – Erklärungen abgeben, die wohl Ihre Befugnisse übersteigen, um so die sich stellenden Probleme anzugehen. Ihnen ist das gelungen, es gelingt Ihnen aber immer weniger. Sie haben – nicht zuletzt durch die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – die dringende Stärkung der geldpolitischen Institutionen des Euro-Währungsgebiets

angemahnt. Das würde auf eine politische Föderalisierung der transnationalen politischen Strukturen des Euro-Währungsgebiets hinauslaufen. Dem steht aber ein weiteres Paradox entgegen: Die Bürger Europas sind zwar für den Euro, wollen aber kein föderales Europa.

Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ländern und Regionen sind nicht weniger, sondern mehr geworden. Bei einer Vertiefung der WWU zu diesen Bedingungen werden die Unterschiede vermutlich eher noch weiter zunehmen. Sollten diese Widersprüche – von einem strategischen Blickwinkel aus betrachtet – noch viel länger toleriert werden? Bislang waren die meisten politischen Beschlüsse kaum besser als ein Durchwursteln. Ist nun – angesichts dessen, dass das Euro-Währungsgebiet beständig eine schwächere Wirtschaftsleistung hervorbringt als andere Währungsgebiete – die Zeit gekommen, die verfügbaren Optionen für die künftige Entwicklung des Euro-Währungsgebiets neu zu beurteilen? Wie sehen Sie dies vom strategischen Standpunkt aus?

1-046

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zunächst einmal vielen Dank für die zahlreichen Komplimente für die EZB und das ESZB. Dieses Kompliment gebührt aber eigentlich eher den Begründern dieses politischen Rahmens als den derzeitigen Akteuren.

Lassen Sie mich hinzufügen, dass wir uns innerhalb unseres Mandats nur mit größter Vorsicht äußern. Viele Aspekte unserer Politik und der Politik anderer Akteure beeinflussen entweder die Finanzstabilität und/oder – eigentlich an erster Stelle – die Preisstabilität. In diesem Sinne hat die EZB die Stimme erhoben und muss das auch tun.

Lassen Sie mich aber kurz meine Ansicht zu einer Ihrer wichtigsten Bemerkungen darlegen, denn Sie sagten, dass eine Vertiefung der europäischen Währungsunion die Unterschiede zwischen den Ländern forcieren würde. Nun ja, wir sind uns sicherlich einig darin, dass das Euro-Währungsgebiet mehr Wachstum braucht. Die wirtschaftliche Leistung ist derzeit unerfreulich, die Arbeitslosenquote ist unannehmbar hoch und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist meiner Ansicht nach gesellschaftlich nicht tragbar.

Wir sind uns also darin einig, dass das Euro-Währungsgebiet mehr Wachstum braucht. Aber glauben Sie wirklich, dass der Euro schuld daran ist, dass es nicht wächst? An dieser Stelle kann ich Ihre Überlegungen nur schwer nachvollziehen. Beim Blick auf das BIP des letzten Quartals sehen wir, dass 14 Staaten ein positives Wachstum aufweisen. Bei manchen beläuft es sich aufs Jahr gerechnet auf 2 bis 4 %. Zwei Länder sind in einer Rezession, und in zwei Ländern – wenn ich mich nicht irre – herrscht Stagnation.

1-047

**Brian Hayes (PPE).** – Herr Draghi, das letzte Mal, als Sie hier bei uns im Ausschuss waren, habe ich Sie auf die Untersuchung Irlands zu den Umständen im Zusammenhang mit der Rettung Irlands und der Rolle der EZB angesprochen. Ich begrüße die Veröffentlichung der Schreiben durch die EZB. Ich halte es für wichtig, dass die irische Bevölkerung Zugang zu diesen Schreiben erhalten hat und sie im Zusammenhang lesen konnte. Mir ist auch klar, dass sich dies nicht unter Ihrer Verantwortung abgespielt hat, da Sie damals noch nicht in der EZB mitgewirkt haben. Und ich erkenne auch an, dass Irland 2010 angesichts der zwei Jahre, die zu der Krise geführt haben, und der finanziell unmöglichen Entscheidung, vor der Irland damals stand, ein Finanzhilfeprogramm gebraucht hat.

Meine Frage dreht sich nicht so sehr um die Vergangenheit, sondern eher um die Zukunft. Sie erinnern sich bestimmt daran, dass ich Sie beim letzten Mal nach der Mitwirkung der EZB an der anstehenden Untersuchung des irischen Parlaments gefragt habe. Diese Untersuchung ist keine Hexenjagd. Das irische Volk muss die Wahrheit erfahren. Mit Blick auf die EZB ist sicherlich auch zu beachten – und das haben Sie ja schon in Ihren Antworten für andere Kollegen ganz richtig gesagt –, dass Rechenschaft darüber abgelegt werden muss, warum damals bis zu 25 % der Notfall-Liquiditätshilfe in ein kleines Land investiert wurden, und dies angesichts der katastrophalen Entscheidung von 2008, den ganzen Bankensektor zu retten. Können Sie dem Ausschuss also bestätigen, dass Sie an der Untersuchung, die die Rolle der EZB analysiert, mitarbeiten? Darf ich Sie außerdem fragen, ob Sie einen leitenden Beamten der EZB als Ansprechpartner der EZB für die Untersuchung benennen werden? Und drittens, werden Sie der Untersuchung – falls erforderlich – wichtige Unterlagen der EZB zu diesem Thema aus den Jahren 2008, 2009 und 2010 zur Verfügung stellen?

Außerdem sagten Sie vor kurzem – und da stimme ich Ihnen voll zu –, dass die EZB dem Europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Darf ich das auch so ausdrücken, dass die EZB allen Bürgern der Europäischen Union gegenüber rechenschaftspflichtig ist und dass eine Untersuchung durch Irland ohne die EZB ein bisschen wie eine Hamlet-Aufführung ohne den Prinzen wäre?

1-048

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Wie Sie gesagt haben, ist die EZB als europäische Institution Ihnen, dem Europäischen Parlament, gegenüber rechenschaftspflichtig. Als solche beteiligen wir uns somit nicht formell an einer Untersuchung eines nationalen Parlaments. Wir haben noch nicht darüber gesprochen, wie eine informelle Beteiligung aussehen könnte. Darüber werden wir sicherlich nachdenken und Überlegungen dazu anstellen.

Bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass die EZB – wie Sie sagten – vor 10 Tagen auf ihrer Website zahlreiche Unterlagen zu Irland veröffentlicht hat. Diese Unterlagen umfassen nicht nur den Briefwechsel

zwischen Herrn Trichet und Herrn Lenihan, sondern auch eine ganze Reihe von Rechtsgutachten der EZB, Reden, Interviews und eine gesonderte Rubrik mit Fragen und Antworten. Im Moment haben wir all dies veröffentlicht, zu allem Anderen werden wir Überlegungen anstellen, und dann sehen wir weiter.

1-049

**Brian Hayes (PPE).** – Darf ich hierzu um eine Klarstellung bitten? Sie sagen, dass Sie sich nicht formell an der Untersuchung beteiligen werden, aber ich möchte – wenn Sie gestatten – noch einmal auf die Möglichkeit der Benennung einer Kontaktperson der EZB und auf die Bereitstellung von Unterlagen für die Untersuchung – wenn sie benötigt werden – zurückkommen. Werden diese Bitten erfüllt?

1-050

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Sie fragen nach der Art und Weise unserer informellen Beteiligung. Ich glaube, ich habe diese Frage schon beantwortet, aber ich sage es noch einmal. Wir haben noch nicht darüber entschieden. Wir haben weder entschieden, ob wir eine Kontaktperson benennen, noch, welche zusätzlichen Unterlagen wir zur Verfügung stellen könnten.

1-051

**Der Vorsitzende.** – Wir begrüßen Ihre Aussage zur Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament, das ja die Bürger Europas repräsentiert.

1-052

**Pervenche Berès (S&D).** – Herr Draghi, jetzt, da wir die europäische Bankenunion haben, ist eine Diskussion über die Bankenstruktur aufgekommen, und ich würde gerne wissen, wie Sie die Bedeutung dieser etwaigen Reform der Bankenstruktur natürlich in Bezug auf die Gesichtspunkte beurteilen, die in den Zuständigkeitsbereich der Zentralbank fallen, nämlich das systemische Risiko.

Dann treibt mich noch eine Frage um. Sie selbst sagten, dass die europäische Wirtschaft zweifellos zu sehr von den Banken als Finanzierungsquelle abhängt. Die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten mussten für die Bankenrettung gewaltige Finanzmittel – auch aus europäischen Quellen – aufbringen. Es wurde wirklich viel für die Bankenrettung getan, und – wenn die Banken die Wirtschaft nicht finanzieren würden – wäre das nicht ein zu hoher Preis dafür, „lediglich“ das systemische Risiko, das von ihnen ausgeht, einzudämmen?

Und ich habe – wenn Sie erlauben – noch eine dritte Frage: Christian Noyer sagte vor kurzem, die EZB könne nötigenfalls auch Staatsanleihen kaufen. Könnten Sie zu dieser Aussage Stellung nehmen?

1-053

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass die EZB noch keine Stellungnahme zu dem von Ihnen angesprochenen überaus wichtigen Punkt – der Struktur – angenommen hat: Wie sieht die Struktur einer Bank im

Euro-Währungsgebiet idealerweise aus? Diese Stellungnahme sollte jedoch sehr bald angenommen werden, und wir werden Sie sicherlich davon in Kenntnis setzen, wenn wir so weit sind.

Der Grund, aus dem diese Entscheidung nicht so einfach zu treffen ist, ist in gewisser Weise die Antwort auf Ihre zweite Frage. Wir wollen natürlich, dass die systemischen Risiken durch die Bankenstruktur gesenkt und nicht erhöht werden. Gleichzeitig müssen wir jedoch sorgsam darauf achten, welche Tätigkeiten das systemische Risiko erhöhen und deshalb vom restlichen Bankensystem getrennt werden sollten und welche nicht.

Ich sage das nur, um Ihnen die Schwierigkeiten deutlich zu machen und Ihnen zu erklären, warum wir noch keine Stellungnahme herausgegeben haben, was übrigens aber in Kürze erfolgen sollte, da bereits viele Diskussionen über diese Stellungnahme geführt wurden.

Zu dem letzten von Ihnen angesprochenen Punkt lautet die Antwort ja. Unser Mandat sieht das vor, und der EZB-Rat wollte – wie ich bereits sagte – nicht nur deutlich machen, dass er einvernehmlich bereit ist zu handeln, also zusätzliche unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die mittelfristige Prognose der Inflationsentwicklung verschlechtert, sondern er wollte auch klarstellen, dass er konkrete Maßnahmen ergreifen kann, und aus diesem Grund hat er die zuständigen Ausschüsse und den EZB-Stab aufgefordert, diesbezüglich Unterlagen zu analysieren oder vorzubereiten.

1-054

**Pervenche Berès (S&D).** – Herr Draghi, in einfachen Worten, wenn Sie sagen, dass wir uns die Aktivitäten der Banken anschauen müssen, die das größte systemische Risiko beinhalten, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass die Vergabe von Darlehen an Unternehmen zur Finanzierung der Expansion dieser Unternehmen zu systemischen Risiken führen kann, wenn die Regeln, zu deren Schaffung wir alle beigetragen haben, eingehalten werden.

Die Kapitalmarktunion – also eine andere Art der Finanzierung europäischer Unternehmen – wird häufig als Alternative vorgeschlagen. Aber was nützt eine Bank, die keine Darlehen an die Realwirtschaft zur Finanzierung von Investitionen vergibt?

1-055

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich glaube, Sie haben recht. Wir haben gelernt, dass Banken in eine Lage geraten können, in der sie nicht mehr funktionieren. Wir wollen diese Lektion nicht noch einmal lernen, wir wollen das nicht noch einmal erleben. Dieses Ziel – dies nicht noch einmal zu erleben – werden wir auf zwei Wegen verwirklichen. Zunächst müssen wir die Banken stärker machen. Sie müssen widerstandsfähiger, besser kapitalisiert und besser gegen Risiken gewappnet sein und eine geeignete Struktur haben. Zweitens sollten wir uns trotzdem nicht vollständig auf sie verlassen, und wir sollten einen

anderen Kanal für die Finanzierung der Wirtschaft haben. Das ist die Strategie für die Zukunft, denn die Erfahrung war ja – wie Sie schon sagten – ziemlich schmerzhaft.

1-056

**Fulvio Martusciello (PPE).** – Herr Draghi, ich möchte Ihnen zunächst dafür danken, dass Sie im Oktober Neapel als Sitzungsort des EZB-Rates ausgewählt haben. Ich hoffe, dass sich meine Stadt der Ehre, Gastgeber eines so wichtigen Treffens zu sein, würdig erwiesen hat.

Ich würde Ihnen gerne mehrere Fragen stellen: Nach dem schwachen Abschneiden der Sieneser Bank Monte dei Paschi beim Stresstest und bei der Überprüfung der Qualität der Bankenaktiva hat die Bank vor kurzem eine mögliche Kapitalerhöhung um etwa 2,5 Milliarden Euro angekündigt. Wäre es angesichts der Volatilität an den Finanzmärkten nicht sinnvoll, eine feste Frist für die lang ersehnte Antwort auf diesen Vorschlag einer Kapitalerhöhung festzulegen?

Noch eine Frage: 19 Kreditinstitute, die den Stresstest bestanden haben, sind aufgrund von problematischen Risiken in ihren Bilanzen noch bis zu einem gewissen Maß gefährdet. Wenn die Wirtschaftskrise anhält, könnten diese Institute insbesondere aufgrund der neuen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III in große Schwierigkeiten geraten. Wie könnte hier Abhilfe geschaffen werden? Wäre der Verkauf von problematischen Darlehensbeständen denkbar?

Der letzte Punkt: Wie wir wissen, sind letzte Woche Bußgelder in Höhe von insgesamt über 4 Milliarden Dollar gegen sechs internationale Großbanken wegen der Manipulation von Devisenkursen verhängt worden. Top-Börsenhändler hatten Informationen über die Aktivitäten ihrer Kunden ausgetauscht und so die Wechselkurse beeinflusst. Bis zu welchem Maß kann die EZB dem Versuch einer Manipulation von Devisenkursen entgegenzutreten, und wie kann sie einen von außerhalb des Euro-Währungsgebiets unternommenen Versuch einer Manipulation der Märkte ermitteln und vereiteln?

1-057

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Der Vorschlag wird derzeit geprüft und bewertet. Er wird im Moment analysiert, und die Schlussfolgerungen werden nach Abschluss der Arbeiten bekanntgegeben. Ich glaube nicht, dass wir bei der Antwort eine ausdrückliche Frist einhalten müssen. Mit Blick auf die Umsetzung ist klar, dass die Bank sechs Monate Zeit hat, wenn der Kapitalbedarf im Rahmen der Überprüfung der Qualität der Bankenaktiva festgestellt wurde, und neun Monate, wenn er beim Stresstest ermittelt wurde. Ich bin nicht ganz sicher, ob es tatsächlich eine Frist für die Antwort des SSM auf die Frage gibt, ob der Kapitalplan durchführbar, machbar und verlässlich ist. Diese drei Bedingungen müssen erfüllt sein.

Zur dritten Frage ist zu sagen, dass die EZB sicherlich sowohl auf institutioneller und öffentlicher als auch auf privater Ebene den Beschluss von Referenzzinssätzen fördert, die auf tatsächlichen Transaktionen und nicht auf Modellen oder Einzelannahmen beruhen. Wir werden auch künftig in enger Zusammenarbeit mit allen anderen großen Zentralbanken weltweit und dem FSB an diesem Punkt arbeiten. Ihre zweite Frage habe ich nicht verstanden. Könnten Sie sie bitte wiederholen?

1-058

**Fulvio Martusciello (PPE).** – Wir wissen, dass mindestens 19 der Institute, die den Stresstest erfolgreich gemeistert haben, aufgrund von problematischen Risiken in ihren Bilanzen überaus stark gefährdet sind. Wir wissen, dass – sofern sich die Krise noch weiter verschlimmert – diese Banken beispielsweise aufgrund der Einführung der Basel III-Regelung in große Schwierigkeiten geraten könnten. Stimmt das? Wie können wir hier Abhilfe schaffen? Ist es denkbar, dass problematische Darlehensbestände von Beratern verkauft werden?

1-059

**Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Die Institute wurden in erster Linie auf der Grundlage der Überprüfung der Qualität der Bankenaktiva und des Stresstests bewertet. Bei den Stresstests wurde – vor allem in den Ländern, in denen die Rezession am längsten angehalten hat – von äußerst ungünstigen Szenarien, also der Möglichkeit einer länger andauernden Rezession und eines neuerlichen großen Zusammenbruchs, ausgegangen. Die Banken dieser Länder wurden demzufolge besonders strengen Tests unterzogen, bei denen die Möglichkeit einer Verschlechterung der Lage berücksichtigt wurde.

1-060

Tut mir leid, ich habe gerade vergessen, Englisch zu sprechen und bin ins Italienische gewechselt, das war rein instinktiv. Zusammenfassend habe ich gesagt, dass die Banken unter Zugrundelegung äußerst ungünstiger Szenarien nach strengen Kriterien getestet wurden und festgestellt wurde, dass sie diesen Anforderungen derzeit genügen. Schließt das in naher Zukunft eine Bankenpleite aus? Natürlich nicht. In diesem Fall wird die einheitliche Aufsichtsbehörde zusammen mit der nationalen Aufsichtsbehörde alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen ergreifen.

1-061

**Der Vorsitzende.** – Vielen Dank, Herr Draghi, vielen Dank auch an die Mitglieder. Damit beenden wir diesen währungspolitischen Dialog und damit die Reihe der währungspolitischen Dialoge in diesem Jahr. Die Termine für die nächsten Dialoge 2015 werden den Mitgliedern in Kürze mitgeteilt.

(Schluss der Sitzung: 17.05 Uhr.)